**KEINE ARMUT**

SDG 1 - Keine Armut

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **SGB II-/SGB XII-Quote** |
| (Primäres) Ziel | Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1) |
| (Primäres) Unterziel | Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3) |
| (Primäres) Teilziel | Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes (SDG 1.3.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
| 1.3.1 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Armut |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII an der Bevölkerung |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die SGB II-/SGB XII-Quote zeigt an, wie hoch die Hilfebedürftigkeit innerhalb der Kommune ist. Eine hohe SGB II-/ SGB XII-Quote führt zu Einschränkungen beim finanziellen Handlungsspielraum der Kommune, aufgrund derer andere wichtige Ausgaben und Investitionen zurückgestellt werden müssen. Noch schwerwiegender aber ist die Belastung für die Betroffenen selbst – sowohl in finanzieller, als auch in psychischer Hinsicht. In einer nachhaltigen Kommune sollte es Ziel sein, dass allen Hilfsbedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt und alles dafür getan wird, dass die betroffenen Personen wieder selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: | z. B. BW, NRW |
| Validität | Der Indikator liefert wertvolle Informationen dazu, wie viele Menschen eine Mindestsicherung erhalten und Gefahr laufen, langfristig von Armut betroffen zu sein. Hieraus lässt sich allerdings noch nicht ableiten, ob auch wirklich allen Bedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt. Die Validität des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Die „Dunkelziffer“ ist im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen besonders hoch. |
| Datenqualität | Es handelt es sich um amtliche Daten, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. Die Daten sind ab dem 2007 zeitlich und räumlich besser vergleichbar, da seitdem alle Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Statistik abgebildet werden – einschließlich der Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften, die bis dahin nicht systematisch berücksichtigt waren. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Die SGB II-/SGB XII-Quote hängt direkt mit dem Indikator zur Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1.3.2) sowie der Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5.1) und der Einkommensverteilung (SDG 10.4) zusammen. Der Verschuldungsstand einer Kommune (SDG 16.6) ist tendenziell eine Folge der sozialen Lage in der Kommune. Die Anzahl von Straftaten (SDG 16.4.3) weist einen deutlichen statistischen Zusammenhang mit der SGB II-/SGB XII-Quote auf. Dies geht vermutlich sowohl auf eine höhere Kriminalitätsbelastung unter Ärmeren zurück, als auch auf die räumliche Nähe von Wohngebieten für sozial Schwache zu Tatorten (zum Beispiel innenstädtische Einkaufszonen). |
| Rahmenbedingungen | Insbesondere in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands ist die Quote der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II/SGB XII besonders hoch. |
| Aussage | Im Jahr z waren x % der Bevölkerung leistungsberechtigt nach dem SGB II und SGB XII. |
| Berechnung | (Anzahl Leistungsberechtigte nach SGB II und SGB XII) / (Anzahl Einwohner) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

**KEINE ARMUT**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Armut (Kinder-, Jugend- und Altersarmut)** |
| (Primäres) Ziel | Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1) |
| (Primäres) Unterziel | Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
| 1.3.2 |  |  |  |  |  |  |  |  | 10.2.2 |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Armut |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | * Kinderarmut: Anteil der unter 15-Jährigen, die von Armut betroffen sind
* Jugendarmut: Anteil der 15- bis 17-Jährigen, die von Armut betroffen sind
* Altersarmut: Anteil der über 65-Jährigen, die von Armut betroffen sind
 |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass die Kinder- und Jugendarmut zu einem Dauerzustand in Deutschland geworden ist. In den nächsten Jahren muss darüber hinaus mit einer zunehmenden Altersarmut gerechnet werden, die auf Rentenreformen und auf Entwicklungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Arm zu sein bedeutet nicht nur, dass die Mittel zum physischen Überleben fehlen, Armut ist auch mit sozialer Diskriminierung und ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen verbunden. Somit kann hier auch von einer Verantwortung für ein gemeinsames Vorgehen gesprochen werden, um eine bessere Zukunft aller Generationen zu gewährleisten (Generationengerechtigkeit). |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator liefert wertvolle Informationen über das Ausmaß der Betroffenheit in ausgewählten Bevölkerungsgruppen. Hieraus lässt sich allerdings nicht ableiten, ob in den betrachteten Bevölkerungsgruppen auch wirklich allen Bedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt. Zudem ist die Validität etwas eingeschränkt, da nicht alleMenschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Hierdurch ergibt sich eine „Dunkelziffer“, dievor allem im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen (Altersarmut) besonders hoch ist. |
| Datenqualität | Es handelt sich um amtliche Daten von hoher Qualität, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Armut im Kindes- bzw. Jugendalter wird insbesondere vom Erfolg der Eltern auf dem Arbeitsmarkt und den erzielten Einkommen bestimmt. Entsprechend fallen hohe Armutsraten mit einem hohen Anteil von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5.1) und mit geringem Einkommen und niedrigen Anteilen von Menschen mit mittlerem und hohem Einkommen (SDG 10.4) zusammen. Im Lebensverlauf wirkt sich Kinder- und Jugendarmut auf den späteren Erfolg am Arbeitsmarkt aus. Hierbei kann insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit zu Armut im Alter führen. |
| Rahmenbedingungen | Die Armutslage von Kindern und Jugendlichen steht immer in Abhängigkeit zur Armutslage der Erziehungsberechtigten. Es existieren starke regionale Differenzierungen zwischen Nord und Süd sowie Ost und West. Während der Sozialgeldbezug von Kindern in den ostdeutschen Bundesländern durchgehend hoch ist, liegen die Quoten der süddeutschen Länder unter zehn Prozent. Vor allem Haushalte von Alleinerziehenden, Arbeitslosenhaushalte und Haushalte von Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders von Kinder- und Jugendarmut betroffen sind. |
| Aussage | * Kinderarmut: Im Jahr z erhielten x % der Bevölkerung unter 15 Jahren – selbst oder indirekt durch die Bedarfsgemeinschaft

– Sozialgeld nach SGB II.* Jugendarmut: Im Jahr z erhielten x % der Jugendlichen von 15 bis 17 Jahren – selbst oder indirekt durch die Bedarfsgemeinschaft – Leistungen nach SGB II.
* Altersarmut: Im Jahr z erhielten x % der Bevölkerung ab 65 Jahren Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII.
 |
| Berechnung | * Kinderarmut: (Anzahl Nicht-Erwerbsfähiger Leistungsbezieher unter 15 Jahre + Anzahl Nicht-Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre) / (Anzahl Einwohner im Alter von unter 15 Jahren) \* 100
* Jugendarmut: (Anzahl Leistungsbezieher im Alter von 15-17 Jahren + Anzahl Nicht-Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter von 15-17 Jahren) \* 100
* Altersarmut: (Anzahl Bezieher von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 65

Jahren) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

**KEIN HUNGER**

SDG 2 - Kein Hunger

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Kinder mit Übergewicht** |
| (Primäres) Ziel | Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden, einschließlich durch Erreichung der international vereinbarten Zielvorgaben in Bezug auf Wachstumshemmung und Auszehrung bei Kindern unter 5 Jahren bis 2025, und denErnährungsbedürfnissen von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren MenschenRechnung tragen (SDG 2.2) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden (SDG 2.2.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  | 2.2.1 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Gesundheit und Pflege |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Anteil der übergewichtigen Kinder an allen untersuchten Kindern im Schuleingangsjahr |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Der Indikator misst den Anteil der Kinder, denen bei ihrer Schuleingangsuntersuchung Übergewicht diagnostiziert wurde. Übergewicht im Kindesalter kann ein nur vorübergehender Zustand sein. Mit zunehmendem Alter des Kindes steigt allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass sich dieser Zustand auch auf das Erwachsenenalter überträgt. So haben übergewichtige Kinder im Alter zwischen 6 bis 9 Jahren eine zehnmal höhere Wahrscheinlichkeit auch im Erwachsenenalter an Übergewicht zu leiden als gleichaltrige Kinder mit Normalgewicht. Übergewicht stellt einen ernsten Risikofaktor für das Auftreten von Zuckerkrankheit, Bluthochdruck und Gefäßverkalkung dar und besitzt einen signifikant negativen Effekt auf die Lebenserwartung. In manchen Fällen kann Übergewicht genetisch bedingt sein; häufiger ist es allerdings auf Fehl- und Mangelernährung zurückzuführen. Im Sinne der intergenerationellen Gerechtigkeit sollte allen Kindern die Möglichkeit geboten werden, eine ausgewogene und gesunde Ernährung zu erhalten. Eine kindgerechte Kommunalentwicklung trägt dazu bei, dass Kinder sich mehr und freier bewegen (können). |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Übergewicht kann ein Indiz für eine vorherrschende Mangelernährung sein. Der Indikator bezieht sich daher sinnvoll auf das Teilziel. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z waren x % der eingeschulten Kinder übergewichtig. |
| Berechnung | (Anzahl Übergewichtige Kinder im Schuleingangsjahr) / (Anzahl Kinder im Schuleingangsjahr insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

**KEIN HUNGER**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Ökologische Landwirtschaft** |
| (Primäres) Ziel | Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  | 2.4.12.4.2 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Wirtschaftsstruktur |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Ökologische Landwirtschaft ist Teil einer nachhaltigen Agrarpolitik. Sie setzt auf ressourcenschonende Produktionsmethoden sowie auf eine artgerechte Tierhaltung, wobei letztere durch eine flächenabhängige Begrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden soll. Auch der Einsatz mineralischer Düngemittel sowie chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel ist in der ökologischen Landwirtschaft nicht gestattet. Im Jahr 2015 wurden ca. 6,5 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Ökologische Landwirtschaft arbeitet nach dem Prinzip der hofeigenen Kreisläufe. Im Gegensatz zu konventionell wirtschaftenden Betrieben ist damit der Zukauf von Futtermitteln aus dem südamerikanischen Sojaanbau gering bzw. nicht erlaubt.Damit leistet der ökologische Landbau auch seinen Beitrag zur globalen Verantwortung. Auf kommunaler Ebene existieren keine aktuellen flächendeckenden Daten; allerdings wurde im Jahr 2010 eine Landwirtschaftszählung durch den Bund durchgeführt, die im Rahmen einer umfassenden Erhebung zahlreicher Indikatoren mit Bezug zur Landwirtschaft auch Auskunft über den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen auf Kreis-Ebene liefert. Diese Daten sind über dieStatistischen Ämter der Länder abrufbar. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z.B. BW, NRW |
| Kommunen: | z.B. NRW |
| Validität | Der Indikator bildet wesentliche Elemente des Teilziels unmittelbar ab und verfügt daher über eine hohe Validität: Nachhaltige Landwirtschaft, Stärkung der Resilienz und Verbesserung der Bodenqualität. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z wurden x % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet. |
| Berechnung | (Fläche unter ökologischer landwirtschaftlicher Nutzung) / (Fläche unter landwirtschaftlicher Nutzung insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

**KEIN HUNGER**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Stickstoffüberschuss** |
| (Primäres) Ziel | Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  | 2.4.2 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 15.1 |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Wirtschaftsstruktur |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Resiliente Kommune |
| Definition | Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Übermäßige Stickstoffeinträge durch die Landwirtschaft stellen nach wie vor ein großes ökologisches Problem dar, da sie als Eintrag in Grundwasser, Oberflächengewässer und die Luft diverse Ökosysteme belasten und damit dem Prinzip der globalen Verantwortung entgegenstehen. Experten schätzen, dass diese Menge weltweit etwa vierfach höher ist, als für die Umwelt verträglich wäre. Im Jahr 2016 setzte sich die Bundesregierung das Ziel, den jährlichen Stickstoffüberschuss in den Jahren 2028 bis 2032 im Jahresmittel auf nur noch 70 kg pro Hektar zu begrenzen. Im Moment liegt dieser Wert innerhalb Deutschlands noch bei über 100 kg pro Hektar. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Wenngleich Stickstoff ein Hauptnährstoffelement der Pflanzen bildet, so belastet eine Düngung über den Bedarf und außerhalb der natürlichen Vegetationsperiode die Ökosysteme, sodass deren Resilienz gegenüber Klimaveränderungen und extremen Wetterereignissen abnimmt. Das Unterziel nachhaltiger und resilienter landwirtschaftlicher Methoden wird daher durch den Indikator sinnvoll abgebildet. |
| Datenqualität | Der Stickstoffüberschuss wird über Modellrechnungen ermittelt, in die der Düngemitteleinsatz, der Eintrag aus der Luft, der Entnahme durch Erträge etc. eingehen. Bei der Stickstoffbilanzierung auf kommunaler Ebene wird die Stickstoff-Bilanz der Energieerzeugung durch Biomasse noch nicht erfasst. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten können über das Institut für Ressourcenmanagement der Universität Gießen bereitgestellt werden und liegen ab dem Jahr 1995 auf Kreis-Ebene vor. Die Bereitstellung der Daten erfolgt jährlich, wobei für jedes Jahr ein gleitendes Drei-Jahres-Mittel angegeben wird, um witterungs- und preisbedingte Schwankungen für Düngemittel auszugleichen. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Ein hoher Stickstoffüberschuss kann zu Beeinträchtigungen der Qualität des Grundwassers und der Fließgewässer führen. |
| Rahmenbedingungen | Die regionale Ausprägung des Indikators wird durch die Siedlungsintensität, durch den lokalen Anteil des primären Sektors sowie durch die angewandten landwirtschaftlichen Methoden beeinflusst. |
| Aussage | Im Jahr z lag der Stickstoffüberschuss bei x kg pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. |
| Berechnung | (Stickstoffüberschuss) / (Fläche landwirtschaftlicher Nutzung) |
| Quelle | Universität Gießen |
| Einheit | kg / ha |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

SDG 3 - Gesundheit und Wohlergehen

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Vorzeitige Sterblichkeit** |
| (Primäres) Ziel | Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4) |
| (Primäres) Teilziel | Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  | 3.4.2 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Gesundheit und Pflege |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren je 1.000 Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Der Gesundheitszustand beeinflusst maßgeblich die Lebensqualität der Menschen. Treten Todesfälle in einem Alter unter 65 Jahren gehäuft auf, so kann dies ein Anzeichen für massive Gesundheitsrisiken und Probleme im Gesundheitswesen sein. Ziel einer nachhaltigen Kommune muss es sein, ein gesundes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und die Fälle vorzeitiger Sterblichkeit jetzt und in Zukunft weiter zu senken (Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit). In Kommunen kommt hier der gesundheitlichen Versorgung und Förderung gesundheitlicher Präventivmaßnahmen,die sowohl die physische, als auch die psychische Gesundheit beinhaltet, und der erhöhten Sicherheit im Straßenver-kehr eine besonders hohe Priorität zu. Des Weiteren können Kommunen im Austausch mit Wirtschaftsverbänden den Arbeitsschutz verbessern helfen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator liefert aufschlussreiche Hinweise zu möglichen Missständen im Gesundheitswesen sowie zum allgemeinen Gesundheitsniveau der Bevölkerung. Allerdings liefert der Indikator keine Informationen darüber, welche Anstrengungen die Kommune zur Förderung des Wohlergehens und der physischen wie psychischen Gesundheit unternimmt. |
| Datenqualität | Die Daten entstammen der amtlichen Statistik der Todesfälle und der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und weisen eine hohe Qualität auf. |
| Datenverfügbarkeit | Die benötigten Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 1995 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Die soziale Lage beeinflusst die Sterblichkeit. Entsprechend besteht ein Zusammenhang mit den Indikatoren zur Armut (SDG 1.1 und 1.2), Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8.5.1) und Einkommenssituation (SDG 10.2.2). |
| Rahmenbedingungen | Die vorzeitige Sterblichkeit ist bei Männern fast doppelt so hoch wie bei Frauen. Weiterhin variiert die vorzeitige Sterblichkeit auch regional – je nachdem, welche Lebensstile und Konsumgewohnheiten vorherrschend sind. |
| Aussage | Im Jahr z gab es x Fälle von vorzeitiger Sterblichkeit je 1.000 Einwohner. |
| Berechnung | (Anzahl Todesfälle bei Personen im Alter von unter 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner) \* 1.000 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | Todesfälle je 1.000 Einwohner |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

**GESUNDHEITUND WOHLERGEHEN**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Ärzteversorgung** |
| (Primäres) Ziel | Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3) |
| (Primäres) Unterziel | Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen (SDG 3.8) |
| (Primäres) Teilziel | Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen (SDG 3.8.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  | 3.8.2 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Gesundheit und Pflege |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Zahl der Allgemeinärzte je 100.000 Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Ärzteversorgung (hier bezogen auf Allgemeinärzte) ist zentraler Bestandteil einer Versorgung mit grundlegenden Gesundheitsdiensten. Insbesondere vor dem Hintergrund eines sich in den letzten Jahren verschärfenden Stadt- Land-Gefälles gibt der Indikator Aufschluss über die Unterschiede in der medizinischen Versorgungssituation. Eine grundlegende Versorgung mit Gesundheitsdiensten ist dabei als Teil des Prinzips der intragenerationellen Gerechtigkeit zu deuten. Dabei hat jeder Mensch den Anspruch auf eine angemessene medizinische Versorgung – unabhängig von seinem Wohnort bzw. der räumlichen Struktur seines Wohnumfeldes. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Die Ärzteversorgung ist Teil einer umfassenden Gesundheitsversorgung und bildet daher einen wichtigen Teilaspekt des Unterziels ab. Allgemeinärzte sind hierbei bedeutsam für die Erstversorgung und die mögliche Überweisung zu Fachärzten. Eine höhere Dichte an niedergelassenen Allgemeinärzten erhöht tendenziell die Chance einer flexiblen und individuell ausgerichteten Behandlung (Reduzierung der Wartezeiten als Teilaspekt der Erreichbarkeit). Allerdings liefert der Indikator keine Aussage über die Qualität der Versorgung oder über die tatsächliche Erreichbarkeit – einschließlich weniger mobiler Bevölkerungsgruppen. Insofern sind Menschen in ländlichen Kommunen de facto in ihrer medizinischen Versorgung benachteiligt, da hier im Allgemeinen von einer schlechteren Mobilitätsinfrastruktur auszugehen ist. |
| Datenqualität | Die Daten zur Zahl der Allgemeinärzte beruhen auf Angaben des Ärzteregisters der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Es ist keine nennenswerte „Dunkelziffer“ an praktizierenden Ärzten zu erwarten, da eine Eintragung in das Register die notwendige Voraussetzung für eine Zulassung ist. Diese Zulassung erlaubt wiederum erst, gesetzlich krankenversicherte Patienten in einer eigenen Praxis behandeln zu dürfen. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über die INKAR-Datenbank des BBSR abrufbar und liegen ab dem Jahr 2000 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Eine positive regionalwirtschaftliche Entwicklung (SDG 8.1.1) wirkt sich auch auf das Ärzteaufkommen aus. |
| Rahmenbedingungen | Eine wichtige Rahmenbedingung für die Ansiedlung von (Allgemein-)Ärzten ist das zu erwartende Patientenaufkommen sowie der zu erwartende Ertrag. Daher ist die Attraktivität ländlicher und ärmerer Kommunen tendenziell geringer als die Attraktivität urbaner und wohlhabender Räume. Auch die Zahl der Privatpatienten wirkt sich positiv auf den zu erwartenden Ertrag einer Praxis und damit auf das Ärzteaufkommen aus. Darüber hinaus können die Nähe zu einer Universitätsklinik oder die Lebensqualität Gründe dafür sein, warum sich Ärzte ungleich über das Land verteilen. Die Bedarfsplanung und das Zulassungsverfahren der kassenärztlichen Bundesvereinigung können zwar ein regionales Überangebot begrenzen, aber ein regionales Unterangebot nicht wirksam beheben. |
| Aussage | Im Jahr z gab es je 100.000 Einwohner x Allgemeinärzte. |
| Berechnung | (Anzahl Allgemeinärzte) / (Anzahl Einwohner) \* 100.000 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, BBSR (Kassenärztliche Bundesvereinigung), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | Allgemeinärzte je 100.000 Einwohner |
| Abrufbar für | 2006 - 2015 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Luftqualität** |
| (Primäres) Ziel | Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern (SDG 3.9) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern (SDG 3.9.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  | 3.9.2 |  |  |  |  |  |  |  | 11.6 |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Klima und Energie |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Umweltgerechte Kommune |
| Definition | Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub) |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Verschiedene Schadstoffe, wie z. B. Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen oder Feinstaub, können bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte die Gesundheit sowie Ökosysteme negativbeeinflussen und schädigen. Besonders hoch ist die Konzentration dieser Schadstoffe in dicht besiedelten Städten. Der Indikator betrachtet die Konzentration verschiedener Luftschadstoffe, die die Gesundheit beeinträchtigen können. Für deren Erhebung muss die Konzentration der Schadstoffe in der Luft über unterschiedliche Messstellen innerhalb der Kommune festgestellt werden. Zur Einschätzung der vorliegenden Schadstoffkonzentration können die gemessenenWerte mit den Richt- bzw. Grenzwerten der WHO oder der EU abgeglichen werden. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bildet einen Teil des Unterziels unmittelbar ab, nämlich die Verunreinigung der Luft. Der Indikator verfügt somit über eine hohe Validität. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z betrug die Konzentration des untersuchten Schadstoffs in der Luft x µg / m³. |
| Berechnung | Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub) |
| Einheit | µg / m³ |

SDG 4 - Hochwertige Bildung

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Schulabbrecherquote** |
| (Primäres) Ziel | Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt (SDG 4.1) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  | 4.1 |  |  |  | 8.6 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Bildung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängern |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Als Schulabbrecher gelten solche Schulabgänger, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben. Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten und auf das Berufsleben vorzubereiten. Die deutsche Wirtschaft hat sich dahingehend gewandelt, dass Menschen ohne erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Insbesondere sozial schwache, bildungsferne und Familien mit Migrationshintergrund stehen hierbei im Fokus, da der Bildungserfolg stark von den sozioökonomischen Faktoren der Eltern abhängt. Die Schulträgerschaft ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Bildung ist für die Zukunftsfähigkeit einer Kommunen somit ein weitreichendes Schlüsselthema. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: | z. B. NRW |
| Validität | Die Schulabbrecherquote bildet das Unterziel zutreffend ab, da sie Hinweise zum Anteil der Schülerinnen und Schüler liefert, die keine Grund- und Sekundarschulbildung abschließen konnten. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass der Indikator keine Hinweise auf die Gründe für den Schulabbruch liefert und die Qualität der schulischen Bildung daher nur indirekt messen kann. Zu beachten ist auch, dass Abschlüsse nach der Pflichtschulzeit noch nachgeholt werden können; dieser Aspekt wird durch die Schulabbrecherquote nicht abgebildet. |
| Datenqualität | Die Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern in Form einer Vollerhebung gewonnen, wobei die Schulen eine Auskunftspflicht besitzen. Entsprechend sind keine stichprobenbedingten Fehler zu erwarten. Probleme ergeben sich einzig aufgrund der nicht-einheitlichen Bildungssysteme in den Ländern. Auch der Vollzug der Schulpflicht kann je nach Bundesland variieren. Zwar kann von einer statistischen Nivellierung dieser Effekte ausgegangen werden; es muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass sich derartige Länderspezifika in der Statistik widerspiegeln. Insgesamt ist die Qualität der Daten jedoch sehr hoch. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Eine hohe Schulabbrecherquote wirkt sich im Lebensverlauf negativ auf die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt aus. Hieraus können sich langfristig Konsequenzen für die Beschäftigungsquote, die Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5.1), die SGB II-/SGB XII-Quote sowie für die Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1.3) ergeben. |
| Rahmenbedingungen | Die Schulabbrecherquote ist abhängig von den strukturellen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Bundesländern (z. B. politische Schwerpunktsetzung auf bestimmte Schularten) bzw. Kommunen (z. B. unterschiedliche Hilfe- oder Unterstützungsmaßnahmen für Familien). In der Regel korrespondiert die Schulabbrecherquote mit einem niedrigen Haushaltseinkommen, da der Ausbildungserfolg meist vom sozioökonomischen Umfeld abhängt. |
| Aussage | Im Jahr z erreichten x % der Schulabgänger keinen Hauptschulabschluss. |
| Berechnung | (Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss) / (Anzahl Schulabgänger gesamt) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

**HOCHWERTIGE BILDUNG**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Betreuung von Kindern (unter 3 Jahre und 3 bis 5 Jahre)** |
| (Primäres) Ziel | Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind (SDG 4.2) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  | 4.2 | 5.4 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Bildung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Familiengerechte Kommune |
| Definition | * Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige): Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden
* Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige): Anteil der Kinder von 3 bis 5 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden
 |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern – zu erhöhen. So sollen alle Kinder, die in Tageseinrichtungen betreut werden, optimal auf die Grundschule vorbereitet werden. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass mit einem steigenden Anteil der Kinder, die in Tageseinrichtungen auf den Schuleintritt vorbereitet werden, auch die Differenzen zwischen betreuten und nicht-betreuten Kindern beim Eintritt in die Schule größer werden. Gleichzeitig wird auf diese Weise den Eltern dieChance auf eine Erwerbstätigkeit geboten, was ohne ein adäquates Betreuungsangebot nicht möglich wäre. Aus diesen Gründen besitzt die frühkindliche Bildung eine Schlüsselposition für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demografischer Wandel, etc.) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern). Kommunen haben hier nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, dieallgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen: | z. B. NRW |
| Validität | Die Betreuung in Tageseinrichtungen und -pflege ist keine zwingende Voraussetzung für eine optimale Vorbereitung auf die Grundschule. Dennoch ist davon auszugehen, dass eine solche Betreuung ein standardisiertes Mindestmaß frühkindlicher Bildung gewährleistet. Die Validität des Indikators ist daher gegeben. |
| Datenqualität | Die Daten stammen aus der amtlichen Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Die Qualität der Daten ist daher hoch. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Eine hohe Betreuungsquote hat Einfluss auf das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern (SDG 5.1). So können bei einem adäquaten Kinderbetreuungsangebot beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen. |
| Rahmenbedingungen | Die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder sowie der 3- bis 5-jährigen Kinder ist in ostdeutschen Kommunen und Landkreisen deutlich höher als in Westdeutschland. Dies liegt an der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur der ehemaligen DDR. Weiterhin gibt es in der Versorgung und Nachfrage nach Betreuungsplätzen ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. |
| Aussage | * Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige): Im Jahr z wurden x % der Kinder im Alter unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen betreut.
* Betreuung von Kindern (3-5-Jährige): Im Jahr z wurden x % der Kinder im Alter von 3-5 Jahren

in Tageseinrichtungen betreut. |
| Berechnung | * Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige): (Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren) \* 100
* Betreuung von Kindern (3-5-Jährige): (Anzahl Kinder im Alter von 3-5 Jahren in Tageseinrichtungen) /

(Anzahl Kinder im Alter von 3-5 Jahren) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Exklusionsquote** |
| (Primäres) Ziel | Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4) |
| (Primäres) Unterziel | Bildungseinrichtungen bauen und ausbauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten (SDG 4.a) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  | 4.a |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Bildung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Anteil der Schüler an Förderschulen an allen Schülern |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Inklusive Pädagogik ist ein neuer pädagogischer Ansatz, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung und Anerkennung von Diversität in Bildung und Erziehung ist. Grundlage ist die 2009 beschlossene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in der sich die unterzeichnenden Staaten verpflichten, ein inklusives Bildungssystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung der Regelfall ist. Der Indikator „Exklusionsquote“ gibt Hinweise darauf, inwieweit das Ziel eines inklusiven Unterrichtes noch nicht erreicht ist. Es ist zu beachten, dass der Ansatz der Inklusion in der Pädagogik nicht unumstritten ist – gerade wenn es um eine Überforderung des Lehrpersonals oder auch einzelner Schüler in den Regelschulen geht. Die Art einer Behinderung kann bedingen, dass die Betreuung in einer Förderschule individuell einer Unterrichtung in einer Regelschule vorzuziehen ist. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen: | z. B. NRW |
| Validität | Der Indikator bezieht sich auf das Teilziel einer behindertengerechten Lernumgebung. Gemessen an dem Ziel, möglichst viele Bildungseinrichtungen zu errichten bzw. bestehende Einrichtungen zu befähigen, die zu diesem Teilziel beitragen, ist die Validität des Indikators hoch. |
| Datenqualität | Die interkommunale Vergleichbarkeit des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass der Anteil der Schüler an Förder- schulen nicht zu der gesamten Zahl der Schüler mit Behinderungen bzw. Einschränkungen, sondern zu der Gesamtzahl der Schüler in Beziehung gesetzt wird. Der Indikator gibt also keine Auskunft über den Anteil von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die bereits in allgemeinen Schulen unterrichtet werden. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Es sind keine systematischen Wechselwirkungen zu erwarten. |
| Rahmenbedingungen | Die Ausprägung des Indikators wird insbesondere durch das schulische Angebot (d. h. durch die Zahl der Einrichtun gen, die gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Menschen ermöglichen) und durch die Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf bestimmt. |
| Aussage | Im Jahr z besuchten x % aller Schüler eine Förderschule. |
| Berechnung | (Anzahl Schüler an Förderschulen) / (Anzahl Schüler gesamt) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

SDG 5 - Geschlechtergleichstellung

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern** |
| (Primäres) Ziel | Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5) |
| (Primäres) Unterziel | Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden (SDG 5.1) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  | 5.1 |  |  | 8.5 |  | 10.2.2 |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Familiengerechte Kommune |
| Definition | Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen zur Beschäftigungsquote von Männern |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator zur Beurteilung von Beschäftigungsstandards und -entwicklung. Sie beschreibt den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der nach Alter erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung. Der betrachtete Indikator setzt die Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern ins Verhältnis und liefert auf diese Weise Informationen zur anteiligen Teilhabe von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Beschäftigungsquoten liefern Hinweise auf eine mögliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern. Niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen können dabei vielfältige Gründe haben. So können freiwillige Entscheidungen, das Fehlen kommunaler oder staatlicher Leistungen, die Nicht-Anerkennung weiblicher Arbeitskraft oder eine wertbegründete, gesellschaftliche Zuweisung von Verantwortlichkeiten der Geschlechter Ursache für die Ausformung des Indikators sein. Die Nachhaltigkeitsrelevanz des Indikators basiert insbesondere auf dem Prinzip intragenerationeller Gerechtigkeit. Unter der Prämisse der Geschlechtergleichheit ergibt sich hieraus das Ziel einer Gleichverteilung von Verantwortlichkeiten auch im Hinblick auf das Merkmal „Beschäftigung“. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen |  |
| Validität | Indem das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern betrachtet wird, können wichtige Hinweise über mögliche Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt gewonnen werden. Hierdurch wird der ökonomische Teilaspekt des Unterziels abgedeckt. Bei der Interpretation des Indikators muss berücksichtigt werden, dass die Gründe für niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen vielfältig sein können und nicht zwangsläufig auf Diskriminierung zurückgeführt werden müssen. |
| Datenqualität | Die Bundesagentur für Arbeit erfasst alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Prinzipiell kann die Datenqualität also als sehr hoch eingestuft werden. Die Beschäftigungsquote misst jedoch lediglich den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht in die Ermittlung der Quote ein. Eine Nichtberücksichtigung dieser Arbeitsverhältnisse ist dann problematisch, wenn sie systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern aufweisen. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben. Ein Anstieg der Beschäftigungsquote geht daher nicht zwingend mit einem Anstieg des Arbeitsvolumens einher. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | In Kommunen mit hohen Betreuungsquoten (SDG 4.2) sind Frauen in der Regel besser in den Arbeitsmarkt integriert, wodurch sie höhere Beschäftigungsquoten aufweisen. Höhere Beschäftigungsquoten von Frauen verringern tendenziell auch den Verdienstabstand zu Männern (SDG 5.1), was ebenfalls auf die bessere Integration in den Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Die Kommune kann das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern beeinflussen, indem Frauen Führungspositionen in der Verwaltung sowie in kommunalen Unternehmen übernehmen (SDG 5.5). |
| Rahmenbedingungen | Regionale Unterschiede in den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern können unter anderem auf die regionale Wirtschaftsstruktur zurückgeführt werden. Entscheidend kann dabei auch sein, wie lange Frauen bereits in den regionalen Arbeitsmarkt integriert sind. So ist der Unterschied zwischen den geschlechtsspezifischen Beschäftigungsquoten in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland. |
| Aussage | Im Jahr z betrug das Verhältnis der Frauenbeschäftigungsquote zur Männerbeschäftigungsquote x %. |
| Berechnung | (Anzahl SvB Frauen am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Frauen 15-64 Jahre gesamt) / (Anzahl SvB Männer am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Männer 15-64 Jahre gesamt) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

**GESCHLECHTER- GLEICHHEIT**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern** |
| (Primäres) Ziel | Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5) |
| (Primäres) Unterziel | Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden (SDG 5.1) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  | 5.1 |  |  | 8.5.2 |  | 10.2.2 |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Medianeinkommen weiblicher Arbeitnehmer im Verhältnis zum Medianeinkommen männlicher Arbeitnehmer |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Noch immer existieren signifikante Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern. Diese Unterschiede sind zum einen auf die Wahl unterschiedlicher Berufsgruppen, den Aufstieg in den unterschiedlich vergüteten Hierarchiegruppen und der Berücksichtigung von Berufserfahrung – ein familienbedingter, befristeter Ausstieg wirkt sich negativ auf die Einkommen aus – zurückzuführen. Zum anderen erhalten Frauen jedoch auch bei der Ausübung gleichwertiger Berufe eine geringere Entlohnung und werden teils, trotz eines bestehenden Diskriminierungsverbotes, bei gleichen Voraussetzungen schlechter entlohnt als Männer. Der betrachtete Indikator setzt das (Brutto-)Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Frauen ins Verhältnis zum (Brutto-)Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Männer und liefert auf diese Weise Informationen zum Ausmaß des Einkommensunterschiedes zwischen Frauen und Männern auf kommunaler Ebene. Der Grundsatz des „gleichen Lohns für gleiche Arbeit“ betrifft dabei insbesondere die soziale Dimension. Niedrigere Entlohnung verstärkt die Anreize für Frauen, ihre Erwerbsbiogra-phie familienbedingt zu unterbrechen oder nur reduziert zu arbeiten. Dies zementiert die geschlechtsspezifischen Arrangements zwischen Erwerbs- und Familienarbeit. Auch das Prinzip der Generationengerechtigkeit ist hiervon betroffen, da sich die Lohnlücke langfristig auch bei der Rentenhöhe bemerkbar macht. So sind durch die Lohn- und folglich Rentenlücken der Frauen aktuell mehr Frauen von Altersarmut betroffen, was sich direkt auf die kommunalen Haushalte auswirkt. Indirekt werden die Kommunen ebenfalls wirtschaftlich geschwächt, weil ein Teil des Erwerbsper-sonenpotenzials seine ökonomischen Kapazitäten nicht voll entfalten kann. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen |  |
| Validität | Indem der „Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen“ betrachtet wird, kann eine Aussage über mögliche Formen der Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt getroffen werden. Der Indikator bezieht sich also auf die wirtschaftliche Dimension der Geschlechtergleichstellung und liefert hierfür wertvolle Informationen. Dabei bleibt allerdings unklar, ob die Verdienstunterschiede aus der Wahl unterschiedlicher Berufe oder aber aus einer ungleichen Bezahlung bei der Ausübung identischer Berufe resultieren. Dies muss bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden. |
| Datenqualität | Grundlage der Statistik sind die Mitteilungen der Arbeitgeber an die Bundesagentur für Arbeit. Bei der Betrachtung des Medianeinkommens werden lediglich Informationen vollzeitbeschäftigter Männer und Frauen herangezogen. Es ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt.Der Wert des Medianeinkommens ist dabei robuster gegenüber Ausreißern als das arithmetische Mittel. Informelle Beschäftigungsverhältnisse werden in den Daten nicht berücksichtigt. Dies ist vor allem dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern bestehen, die bereits Teil einer Diskriminierung auf demArbeitsmarkt sein können. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über die INKAR-Datenbank des BBSR abrufbar und liegen für das Jahr 2014 auf Kreis-Ebene vor. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | In Kommunen mit hohen Betreuungsquoten für Kinder (SDG 4.2) sind Frauen in der Regel besser in den Arbeitsmarkt integriert – mit einem relativ geringen Abstand zur Beschäftigungsquote der Männer (SDG 5.1). Dies geht einher mit einem geringeren Verdienstabstand. |
| Rahmenbedingungen | Der Verdienstabstand von Frauen und Männern kann u. a. durch die regionale Wirtschaftsstruktur beeinflusst werden. Entscheidend kann dabei auch sein, wie lange Frauen bereits in den regionalen Arbeitsmarkt integriert sind. So ist der Verdienstabstand in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland. |
| Aussage | Im Jahr z betrug das Medianeinkommen von weiblichen Arbeitnehmern x % des Medianeinkommens von männlichen Arbeitnehmern. |
| Berechnung | (Medianeinkommen SvB Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) / (Medianeinkommen SvB Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) \* 100 |
| Quelle | BBSR (Bundesagentur für Arbeit), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2014 - 2015 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen** |
| (Primäres) Ziel | Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5) |
| (Primäres) Unterziel | Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen (SDG 5.5) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  | 5.5 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Governance – Verwaltung und Ratsarbeit |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Anteil der Mandate in Stadträten und Kreistagen, die von Frauen besetzt sind |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist trotz massiver Bestrebungen seit Jahren unverändert niedrig. Auf kommunaler Ebene kann ein aktiver Beitrag dazu geleistet werden, damit dieses Missverhältnis abgemildert wird. So können die politischen Parteien über die Zuteilung von Listenplätzen dafür sorgen, dass sich der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten erhöht, damit die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in den Stadträten und Kreistagen adäquat abgebildet werden kann. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: | z. B. BW |
| Validität | Der Indikator liefert wichtige Hinweise hinsichtlich der Teilhabe von Frauen bei der Entscheidungsfindung im politischen Leben auf kommunaler Ebene. Somit wird ein Kernaspekt des Unterziels abgebildet. |
| Datenqualität | Die Zahlen werden durch das BBSR über eine Internetrecherche aller Stadträte und Kreistage ermittelt. Die Datenqualität ist daher hoch. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten werden durch das BBSR bereitgestellt und liegen für die Jahre 2013 und 2015 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt alle zwei Jahre. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Der Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern (SDG 4.2) und der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (SDG 5.1) ist unklar. Die Integration in den Arbeitsmarkt kann einhergehen mit einem Aufbrechen traditioneller Rollenbilder und auch zu höherer politischer Repräsentation von Frauen führen. Es kann andererseits die Doppelbelastung mit Arbeit und Familie für Frauen verstärken und zusätzliches politisches Engagement unwahrscheinlicher machen. |
| Rahmenbedingungen | Der Anteil von Frauen in Stadträten und Kreistagen kann u. a. durch regional verschiedene Rollenbilder beeinflusst werden. |
| Aussage | Im Jahr z waren x % der Mandate in Stadträten und Kreistagen mit Frauen besetzt. |
| Berechnung | (Anzahl Frauen mit Mandaten in Stadträten und Kreistagen) / (Mandate in Stadträten und Kreistagen insgesamt) \* 100 |
| Quelle | BBSR, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2013, 2015 |

**SAUBERES WASSER UNDSANITÄR- EINRICHTUNGEN**

SDG 6 - Sauberes Wasser und Sanitärversorgung

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Abwasserbehandlung** |
| (Primäres) Ziel | Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten (SDG 6) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers und eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern (SDG 6.3) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 die Wasserqualität durch Halbierung des unbehandelten Abwassers weltweit verbessern (SDG 6.3.3) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  | 6.3.16.3.26.3.3 |  |  |  |  |  | 12.2 |  | 14.1 |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Anteil des Abwassers, der durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Abwasser bezeichnet vom häuslichen, gewerblichen oder industriellen Gebrauch verunreinigtes Wasser. Eine mangelhafte Abwasserreinigung kann dazu führen, dass schädliche Inhaltsstoffe in Gewässer eingeleitet werden und deren Nährstoffgehalt signifikant erhöhen. Dieser Überschuss an Nährstoffen wird von Bakterien abgebaut. Hierdurch wird Sauerstoff verbraucht, was zu Fischsterben und einem erhöhten Algenwachstum führt. Damit Kommunen eine gefahrlose Nutzung von Gewässern sowie eine nachhaltige Wiedereinführung von Abwasser in die Gewässer gewährleisten können, muss dieses zunächst biologisch behandelt werden. Durch Anwendung der Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination können Nitrate und Phosphate aus dem Abwasser entfernt werden, wodurch die Qualität der Abwasserreinigung weiter verbessert wird. Durch eine nachhaltige Nutzung von Wasser soll dabei auch eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen sichergestellt werden. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: | z. B. BW |
| Validität | Der Indikator misst den prozentualen Anteil des Abwassers, das unter Anwendung moderner Techniken behandelt wird und somit eine besonders hohe Qualität aufweist. Der Indikator bezieht sich daher direkt auf das Ziel einer Erhöhung der Wasserqualität. |
| Datenqualität | Die Daten stammen aus der Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung und weisen daher eine hohe Qualität auf. Sie enthalten ausschließlich die Angaben öffentlicher Abwasserbehandlungsanlagen. Für industrielle Abwasserbehandlungsanlagen liegen hingegen keine Informationen vor. |
| Datenverfügbarkeit | Daten zur Abwassermenge und zur Behandlungsart sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 1998 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt alle drei Jahre. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Die meisten Kläranlagen leiten gereinigtes Abwasser in den Erdboden ein, wo es sich mit Grundwasser vermischt und damit auch Auswirkungen auf die Qualität des Grundwassers hat. Über die direkte oder indirekte Einleitung in Flüsse kann zudem die Qualität der Fließgewässer beeinträchtigt werden (SDG 6.3.1). |
| Rahmenbedingungen | Eine Verbesserung der öffentlichen Abwasserbehandlung ist durch zusätzliche Abwasserbehandlungsanlagen sowie durch die Nutzung neuer Techniken erreichbar. Dies ist mit kommunalen Mehrausgaben verbunden und damit in finanz- und wirtschaftsstarken Gebieten einfacher zu gewährleisten. |
| Aussage | Im Jahr z wurden x % des Abwassers mit den Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt. |
| Berechnung | (Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Abwassermenge gesamt) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2007, 2010, 2013 |

**SAUBERES WASSER UNDSANITÄR- EINRICHTUNGEN**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Nitrat im Grundwasser** |
| (Primäres) Ziel | Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten (SDG 6) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers und eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern (SDG 6.3) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe weltweit verbessern (SDG 6.3.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  | 2.4.2 |  |  |  | 6.3.1 |  |  |  |  |  |  |  |  | 15.1 |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Resiliente Kommune |
| Definition | Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Bei einer zu intensiven Nutzung von Dünger können Pflanzen den auf diese Weise zugeführten Stickstoff nicht mehr vollständig aufnehmen. Es besteht die Gefahr, dass der überschüssige Stickstoff als Nitrat u. a. ins Grundwasser gelangt und bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte zu gesundheitlichen Schäden bei Menschen führen kann. Des Weiteren kann das überschüssige Nitrat auch in Oberflächengewässer gelangen und die Ökosystem dort nachhaltig belasten. Deshalb schreibt die Trinkwasserverordnung einen Höchstwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter vor. Dieser Wert wird im Moment von ca. 18 % der Messstellen in Deutschland überschritten. Auf kommunaler Ebene liegen derzeit keine flächendeckenden Daten vor, jedoch kann jede Kommune selbst die Nitratbelastung ihres Trinkwassers erheben. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf die Wasserqualität und misst die im Teilziel formulierte Verschmutzung des Wassers unter Berücksichtigung eines bestimmten Stoffes. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z haben x % der Messstellen den Grenzwert von 50 mg Nitrat je Liter überschritten. |
| Berechnung | (Anzahl Messstellen mit Überschreitung des Grenzwertes) / (Anzahl der Messstellen insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

SDG 7 - Bezahlbare und saubere Energie

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Anteil Erneuerbarer Energien** |
| (Primäres) Ziel | Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen (SDG 7.2) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  | 7.2 |  |  |  |  |  | 13.2 |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Klima und Energie |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Klimaneutrale Kommune |
| Definition | Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch ist ein wichtiger Maßstab für das Fortschreiten der Energiewende. Als erneuerbare Energien werden dabei solche Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen u. a. die Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie die Geothermie. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine dezentrale Bereitstellung aus, d. h. Energie wird – anders als in der Vergangenheit – vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert, das sich über eine Vielzahl von Kommunen erstreckt. Kommunen können den Ausbau erneuerbarer Energien aktiv unterstützen und damit dazu beitragen, den Anteil erneuerbarer Energien am lokalen Energiemix zu erhöhen. Dieser Beitrag kann dabei jedoch nur unter dem Gesichtspunkt einer gesicherten Energieversorgung wahrgenommen werden. Im Moment liegen entsprechende Daten lediglich auf Bundes- und Länderebene vor, jedoch nicht auf kommunaler Ebene. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: | z. B. BW |
| Validität | Der Indikator bildet das Unterziel vollumfänglich ab. Die Validität ist daher sehr hoch. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z betrug die Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch x %. |
| Berechnung | (Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttoendenergieverbrauch) \* 100 |
| Einheit | % |

**BEZAHLBAREUND SAUBEREENERGIE**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Windenergie** |
| (Primäres) Ziel | Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen (SDG 7.2) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  | 7.2 |  |  |  |  |  | 13.2 |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Klima und Energie |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Klimaneutrale Kommune |
| Definition | Installierte Leistung Windenergie je Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Windkraftanlagen erzeugen einen erheblichen Anteil der erneuerbaren Energien. Der Indikator gibt Aufschluss über die installierte Leistung aller Windkraftanlagen im Verhältnis zur Einwohnerzahl. In diesem Sinne werden die Kommunen vergleichbar hinsichtlich ihrer Bemühungen, über die Erzeugung von Windenergie einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ein hoher Wert an installierter Leistung aus Windenergie trägt sowohl zur Verwirklichung des Prinzips intergenerationeller Gerechtigkeit als auch zum Prinzip der globalen Verantwortung bei: durch eine CO2-neutrale Energiegewinnung und die entsprechende Schonung des Klimahaushaltes werden die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen erhalten sowie ein Beitrag zur globalen CO2-Bilanz geleistet. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator liefert hilfreiche Informationen zum ausgewählten Unterziel, da eine Erhöhung der installierten Windenergieleistung – bei konstanter Leistung der sonstigen Energiearten – den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix erhöht. Es ist zu berücksichtigen, dass allein mittels Windenergie der aktuelle bzw. zukünftige Energiebedarf voraussichtlich nicht abgedeckt werden kann, sodass prinzipiell weitere „saubere“ Energieträger in den Blick genommen werden müssten. Allerdings stehen für diese noch keine belastbaren Daten zur Verfügung. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich ausschließlich auf die installierte Leistung. Diese gibt an, wie viel elektrische Energie mittels der auf dem Gebiet der Kommune installierten Anlagen theoretisch zu produzieren wäre – unabhängig von dem tatsächlichen Output oder der realisierten Abnahme. Diese Angabe ist insofern sinnvoll, als dass witterungsbedingte Schwankungen nicht den Vergleich innerhalb von Zeitreihen oder zwischen Kommunen verzerren. Zudem wird das Problem des Netzausbaus ausgeblendet, da etwa fehlende Transportwege die tatsächliche Abnahme erzeugter Energie derweil hemmen. |
| Datenqualität | Die Daten werden von den Betreibern selbst übermittelt, d. h. es erfolgt keine unabhängige Erhebung durch Dritte. Hierdurch ist die Qualität der Daten etwas eingeschränkt. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über die INKAR-Datenbank des BBSR abrufbar und liegen für die Jahre 2013 und 2014 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Die installierte Leistung an Windenergie kann durch kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien erhöht werden. Werden durch den Bau von Windkraftanlagen fossile Kraftwerke ersetzt, so kann sich dies positiv auf die Vermeidung von CO2-Emissionen sowie auf die Luftqualität auswirken (SDG 11.6). |
| Rahmenbedingungen | Aufgrund geographischer Besonderheiten existieren exponierte Standorte für Windkraftanlagen sowie solche, die weniger ertragreich sind. Auch wenn Kommunen die Entwicklung der Windenergie durch die Ausweisung von Vorrang-Flächen beeinflussen können, spielen weiterhin geographische Standortbedingungen eine entscheidende Rolle. Denn in der Regel werden die Projekte nicht von den Kommunen selbst, sondern von Investoren getragen, sodass ertragreiche Standorte vor weniger ertragreichen Standorten bewirtschaftet werden. |
| Aussage | Im Jahr z wurden je Einwohner x Watt durch Windenergie erzeugt. |
| Berechnung | (Installierte Leistung Windenergie) / (Anzahl Einwohner) |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, BBSR (Betreiber-Datenbasis), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | W je Einwohner |
| Abrufbar für | 2013 - 2015 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Kommunale Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien** |
| (Primäres) Ziel | Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die internationale Zusammenarbeit verstärken, um den Zugang zur Forschung und Technologie im Bereich saubere Energie, namentlich erneuerbare Energie, Energieeffizienz sowie fortschrittliche und saubere Technologien für fossile Brennstoffe, zu erleichtern, und Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern (SDG 7.a) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern (SDG 7.a.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  | 7.a.2 |  |  |  |  |  | 13.2 |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Klima und Energie |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Klimaneutrale Kommune |
| Definition | Anteil der Ausgaben des kommunalen Haushalts für Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Als erneuerbare Energien werden solche Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen u. a. die Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie die Geothermie. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine dezentrale Bereitstellung aus, d. h. Energie wird – anders als in der Vergangenheit– vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert, das sich über eine Vielzahl von Kommunen erstreckt. Kommunen können nicht nur die Rahmenbedingungen für private Investitionen in erneuerbare Energien verbessern, sondern auch selbst als Investor tätig werden und damit den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben. EineSchwierigkeit bei der Berechnung des Indikators ist die Frage, welche Ausgaben als Investition in erneuerbare Energiengewertet werden können. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bezieht sich nicht direkt auf das Unterziel, insofern er keine Verbindung zur internationalen Zusammenarbeit herstellt. Grundsätzlich kann aber ein Zusammenhang zum Primärziel hergestellt werden, da es gilt, überall –d. h. auch in deutschen Kommunen – den Zugang zu nachhaltiger Energie zu gewährleisten. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: |  |
| Input-/ Output-Indikator: | x |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z wurden x % der kommunalen Ausgaben in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert. |
| Berechnung | (Investitionen Ausbau erneuerbarer Energien) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

SDG 8 - Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Bruttoinlandsprodukt** |
| (Primäres) Ziel | Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8) |
| (Primäres) Unterziel | Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten und insbesondere ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern aufrechterhalten (SDG 8.1) |
| (Primäres) Teilziel | Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten aufrechterhalten (SDG 8.1.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.1 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Wirtschaftsstruktur |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Bruttoinlandsprodukt je Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, definiert als Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen und Importe. Auf kommunaler Ebene misst das BIP die Bruttowertschöpfung, die innerhalb einer Kommune stattfindet. Bezogen auf die Einwohnerzahl liefert der Indikator somit wichtige Hinweise zum Lebensstandard. Langfristig sollte die Betrachtung des BIPs durch Indikatoren wie Rohstoff- oder Energieproduktivität ergänzt werden, welche die erzeugte Wertschöpfung ins Verhältnis zum Mittelleinsatz setzen. In Hinblick auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit kann ein Zusammenhang zur Generationengerechtigkeit hergestellt werden, da die Leistungsfähigkeit und der damit verbundene Wohlstand die Grundlagen für die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen bilden. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator ermöglicht eine valide Abbildung des formulierten Unterziels. Unklar bleibt allerdings, welches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum den „nationalen Gegebenheiten“ entspricht. In den letzten zehn Jahren betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum innerhalb von Deutschland ca. 1,4%, was hierfür als erster Maßstab dienen könnte. Auf kommunaler Ebene sollten jedoch insbesondere die „regionalen Gegebenheiten“ als Maßstab herangezogen werden, die je nach Kommune unterschiedlich ausfallen können. Ganz allgemein ergibt sich die Schwierigkeit, dass im BIP nur formell getätigte bzw. entsprechend dokumentierte Wertschöpfung erfasst wird. Informell vertriebene Waren oder ausgeführte Dienstleistungen finden im BIP entsprechend keine Berücksichtigung. |
| Datenqualität | Bei regionalen oder kommunalen Daten zum BIP handelt es sich um Schätzungen/Umrechnungen von Bundes- und Länderdaten. Die Qualität dieser Daten wird durch die „Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Bundes und der Länder“ gewährleistet. Die Daten können folglich ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden. Auf kommunaler Ebene kann lediglich das BIP zu Marktpreisen, d. h. das nominale und nicht das reale BIP, betrachtet werden. Grund hierfür ist, dass auf dieser Ebene keine seriösen Zahlen zur Entwicklung des Preisniveaus vorliegen. Dieser Umstand muss bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden. |
| Datenverfügbarkeit | Die benötigten Daten sind über die statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 2000 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung findet jährlich statt. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Wechselwirkungen bestehen mit nahezu allen Indikatoren, die von der ökonomischen Situation einer Kommune beeinflusst sind oder diese beeinflussen. So wirkt sich z. B. ein hoher Beschäftigungsanteil im Forschungsbereich (SDG 8.2) tendenziell positiv auf das BIP aus. Genauso bestehen Wechselwirkungen mit der Beschäftigungsquote (SDG 8.5), dem Anteil der Hochqualifizierten (SDG 8.2), der SGB II-/ SGB XII-Quote, der Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1.3) sowie mit der kommunalen Finanzsituation (SDG 16.6). In all diesen Fällen sind die Wirkzusammenhänge jedoch komplex und zum Teil gegenläufig. |
| Rahmenbedingungen | Insbesondere beim BIP je Einwohner existieren noch immer signifikante regionale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die u. a. auf ein niedrigeres Exportniveau, eine kleinteiligere Wirtschaftsstruktur sowie auf ein geringeres Niveau an Innovationsaktivitäten im Osten zurückzuführen sind. So besitzt das wirtschaftsschwächste westdeutsche Bundesland noch immer ein höheres BIP je Einwohner als das wirtschaftsstärkste ostdeutsche Flächenland. |
| Aussage | Im Jahr z betrug das Bruttoinlandprodukt je Einwohner x Euro. |
| Berechnung | (Bruttoinlandsprodukt) / (Anzahl Einwohner) |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | € je Einwohner |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Langzeitarbeitslosenquote** |
| (Primäres) Ziel | Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.5.1 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Als langzeitarbeitslos gelten solche Arbeitslose, die ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren. Ein hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche, die sich in besonderem Maße auf die finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen auswirkt und auch die finanzielle Situation der Kommune beeinträchtigen kann. Darüber hinaus kann sich verstärkt auftretende Langzeitarbeitslosigkeit auf den sozialen Zusammenhalt und die allgemeine Lebensqualität einer Kommune niederschlagen und Abwanderungsprozesse in Gang setzen. Daher müssen insbesondere solche Maßnahmen weiter in den Vordergrund der Arbeitsmarktpolitik rücken, die darauf ausgerichtet sind, langzeitarbeitslose Personen zurück in eine Beschäftigung zu führen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator liefert Informationen über diejenige Gruppe von Arbeitslosen, die tendenziell am schwierigsten in eine Beschäftigung zu bringen sind. Diese Herausforderung muss gemeistert werden, wenn bis zum Jahr 2030 das Ziel einer produktiven Vollbeschäftigung erreicht werden soll. Die Validität des Indikators ist daher hoch. |
| Datenqualität | Es handelt sich um amtliche Daten, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. Die Qualitätder Daten ist daher hoch. Als arbeitslos werden dabei nur solche Personen geführt, die sich bei den entsprechendenStellen als arbeitslos gemeldet haben. Es ist also möglich, dass die Zahl der tatsächlich arbeitslosen Personen höher ist, als in der Statistik ausgewiesen. |
| Datenverfügbarkeit | Die benötigten Daten sind über die statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 2008 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Die Quote der Langzeitarbeitslosen steht im Wirkungszusammenhang mit sozioökonomischen Strukturmerkmalen wie der SGB II-Quote (SDG 1.3), der regionalen Einkommensverteilung (SDG 10.4) und der Beschäftigungsquote (SDG 8.5). |
| Rahmenbedingungen | Neben der allgemeinen Wirtschaftslage haben besonders die regionalspezifischen ökonomischen Strukturen Einfluss auf die Zahl der Langzeitarbeitslosen vor Ort. Auch die allgemeine geographische Lage (zentral oder peripher gelegene Kommune) und die demographische Situation sind wichtige Rahmenbedingungen, die auf diesen Indikator wirken. |
| Aussage | Im Jahr z waren x % der Erwerbspersonen länger als 1 Jahr arbeitslos. |
| Berechnung | (Anzahl Arbeitslose mit Dauer der Arbeitslosigkeit > 1 Jahr) / (Anzahl Arbeitslose + Anzahl SvB am Wohnort) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2008 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Beschäftigungsquote** |
| (Primäres) Ziel | Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.5.1 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Anteil der 15- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung an. Sie lässt Rückschlüsse auf die soziale Situation der Bewohner zu. Eine hohe Beschäftigungsquote sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Die Bedeutung der Beschäftigungsquote für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune und die enge Verbindung zwischen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension (Prinzip der Ganzheitlichkeit) geben diesem Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: |  |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: | z. B. BW, NRW |
| Validität | Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bilden das ab, was man gemeinhin als menschenwürdige Arbeit bezeichnet. Das Ziel einer produktiven Vollbeschäftigung kann nur durch eine Erhöhung der Zahl entsprechender Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Der Indikator besitzt also eine hohe Validität. |
| Datenqualität | Die Daten basieren auf den Meldungen zur Sozialversicherung mit einer Verzögerung von sechs Monaten (Abgabefristen der Meldungen). Die Qualität der Daten ist sehr hoch. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht ein. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Eine hohe Beschäftigungsquote beugt gegen Armut in der Bevölkerung vor (SDG 1.3.2). Auch die kommunalen Einnahmen werden durch eine hohe Beschäftigungsquote verbessert. Zudem sind Wechselwirkungen mit dem Verkehrsaufkommen (Pendelverkehr – SDG 11.6) zu erwarten. |
| Rahmenbedingungen | Diverse Rahmenbedingungen können den Indikator beeinflussen, etwa die Erwerbsneigung der Bevölkerung (z. B. regionale Unterschiede in der Erwerbstätigkeit von Ehefrauen und Müttern), den Anteil junger Bevölkerung in tertiärer Bildung, die allgemeine Wirtschaftslage, die Entsprechung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage oder die regionale Arbeitsmarktpolitik. |
| Aussage | Im Jahr z betrug der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 15-64 Jahren an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15-64 Jahren x %. |
| Berechnung | (Anzahl SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahren) / (Anzahl Einwohnern im Alter von 15-64 Jahren) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Aufstocker** |
| (Primäres) Ziel | Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.5.1 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Der Indikator beinhaltet Empfänger von ALG II, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Eine hohe Zahl an „Aufstockern“ weist auf strukturelle Defizite der ansässigen Wirtschaft hin, die sich auf die ökonomische und soziale Situation der Betroffenen, und die Kommune insgesamt (z. B. durch verringerte Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben) auswirken kann. In der Verknüpfung der ökonomischen mit der sozialen Dimension und aufgrund der Relevanz für die nachfolgende Generation bildet dieser Indikator die Nachhaltigkeitsprinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit ab. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Menschenwürdige Arbeit sollte zumindest so viel Geld einbringen, dass dieses zum selbstständigen Bestreiten des Lebensunterhalts ausreicht und keine staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden muss. Der Indikator liefert wertvolle Informationen dazu, wie häufig innerhalb einer Kommune der Fall eintritt, dass das Erwerbseinkommen nicht zur selbstständigen Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht. Voraussetzung für eine Erfassung in dieser Statistik ist allerdings, dass die Betroffenen einen Antrag auf Leistungen stellen. |
| Datenqualität | Neben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind ab 2005 unter anderem auch 69 zugelassene kommunale Träger (zkT) Lieferanten dieser Arbeitsmarktdaten (Optionskommunen). Es handelt sich um eine „integrierte“ Statistik aus unterschiedlichen Quellen, die in der BA zusammengeführt werden. Die Qualität der Daten ist daher hoch. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Unmittelbare Wechselwirkungen bestehen mit den regionalökonomischen Strukturmerkmalen (z. B. Branchenstruktur, Durchschnittseinkommen, Produktivität oder Qualifikationsniveau – SDG 8.2, 10.2). |
| Rahmenbedingungen | Unter anderem nehmen die Branchenstruktur der ansässigen Wirtschaft, die allgemeine Wirtschaftslage, regionale Unterschiede im Lohnniveau und allgemeine strukturelle Rahmenbedingungen (schrumpfende oder wachsende Region) Einfluss auf die Ausprägung dieses Indikators. |
| Aussage | Im Jahr z waren x % der erwerbsfähigen Leistungsbezieher (ELB) zusätzlich zum ALG II-Bezug erwerbstätig. |
| Berechnung | (Anzahl erwerbstätige ALG II-Bezieher) / (Anzahl ALG II-Bezieher insgesamt) \* 100 |
| Quelle | Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

SDG 9 - Industrie, Innovation und Infrastruktur

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Existenzgründungen** |
| (Primäres) Ziel | Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (SDG 9) |
| (Primäres) Unterziel | Die wissenschaftliche Forschung verbessern und die technologischen Kapazitäten der Industriesektoren in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern ausbauen und zu diesem Zweck bis 2030 u. a. Innovationen fördern und die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen sowie die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen (SDG 9.5) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.2 | 9.5.3 |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Wirtschaftsstruktur |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Zahl der neu errichteten Gewerbebetriebe je 1.000 Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei reicht die Bandbreite an Existenzgründungen vom selbstständigen Dienstleistungsanbieter für den lokalen Markt (z. B. Friseure, Schnellimbisse) bis hin zum hoch innovativen Start-up mit dem Ziel der globalen Markterschließung. In der Regel handelt es sich um Selbstständige und kleinere Unternehmen. Eine hohe Gründerquote ist Ausdruck einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, da vielfältige Wege zur Erschließung neuer Märkte und Geschäftsmodelle erprobt werden und erfolgreiche Gründungen zumeist auch Arbeitsplätze nach sich ziehen. Nicht zuletzt stehen hinter Existenzgründungen Menschen, die ein hohes Maß an Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft sowie Gestaltungswillen zeigen. Da Existenzgründungen für das zukünftige Wirtschaftswachstum von Bedeutung sind, haben sie im Sinne der Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: | z. B. NRW |
| Validität | Der Indikator liefert wichtige Hinweise, die sich auf die Erreichung des Teilziels beziehen. Zwar führen Existenzgründungen nicht zwangsläufig zu Innovationen, dennoch ist eine positive Korrelation dieser beiden Größen nachgewiesen. Bei der Interpretation muss jedoch berücksichtigt werden, dass eine hohe Zahl an Existenzgründungen auch Teil einer schwachen Wirtschaftsstruktur mit hoher Arbeitslosigkeit sein kann. |
| Datenqualität | Einige Bereiche unterliegen nicht der Gewerbeordnung und sind damit in der Statistik nicht erfasst. Dazu gehören: freie Berufe, die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau oder die Versicherungen. Für die Wirtschaftsstruktur ist weniger die Anzahl als der Erfolg der Gründungen von Bedeutung (Lebensdauer, Umsatzentwicklung, geschaffene Arbeitsplätze, etc.). Eine hohe Gründungsquote kann auch Ausdruck einer eher schwachen Wirtschaftsstruktur sein, da Arbeitslosigkeit zu den häufigsten Beweggründungen einer Existenzgründung gehört. Über die KfW, die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter werden Existenzgründungen als „Beschäftigungsmaßnahme“ gezielt gefördert. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über die statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 1998 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung findet jährlich statt. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Wechselwirkungen sind insbesondere mit solchen Indikatoren zu erwarten, die Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune liefern (SDG 8.1). Allerdings kann es hier unterschiedliche Wirkungsrichtungen geben. Einflussfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung können sich auch auf die Zahl der Existenzgründungen positiv auswirken. Gleichzeitig ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass eine negative wirtschaftliche Entwicklung als Anreiz für Existenzgründungen wirken kann. |
| Rahmenbedingungen | Einfluss auf die Gewerbeneuanmeldungen haben zum einen die grundsätzlichen wirtschaftlichen Bedingungen in einer Kommune, aber auch die Aufstellung der Verwaltung. Zudem sind Faktoren, die über den Einflussraum der Kommune hinausragen, bedeutend (wie z. B. das gesamtwirtschaftliche „Klima“). Zudem sind Existenzgründungen in einzelnen Wirtschaftszweigen und Bereichen deutlich häufiger vorzufinden. Die Zahl der Existenzgründungen hängt damit von der Branchenstruktur ab (haushaltsnahe Dienstleistungen, Tourismus, Kulturwirtschaft, Handel, etc.). Auch spezifische Förderprogramme, die auf Landes- und auf kommunaler Ebene variieren (z. B. über den ESF) stellen eine ausschlaggebende Rahmenbedingung dar. |
| Aussage | Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner x Gewerbebetriebe neu errichtet. |
| Berechnung | (Anzahl Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben) / (Anzahl Einwohner) \* 1000 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | Neuerrichtungen je 1.000 Einwohner |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

**INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Hochqualifizierte** |
| (Primäres) Ziel | Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung (SDG 9) |
| (Primäres) Unterziel | Die wissenschaftliche Forschung verbessern und die technologischen Kapazitäten der Industriesektoren in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern ausbauen und zu diesem Zweck bis 2030 unter anderem Innovationen fördern und die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen sowie die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen (SDG 9.5) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 Innovationen fördern (SDG 9.5.3) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.2 | 9.5.39.5.4 |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Wirtschaftsstruktur |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Smarte Kommune |
| Definition | Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Vor dem Hintergrund des Fach- und Führungskräftemangels ist ein hoher Anteil an Hochqualifizierten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und speziell der Innovationsfähigkeit zuträglich. Entscheidend für Kommunen ist die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Fachkräften bzw. ihre Anziehungskraft auf Fachkräfte als Arbeits- und als Wohnort. Neben positiven ökonomischen Aspekten (wie z. B. höhere Einnahmen über die Gewerbesteuer), sind weitere positive Wirkungen, wie z. B. auf die Sozialstruktur und das öffentliche Leben möglich, sofern die Hochqualifizierten nicht nur in der betreffenden Kommune arbeiten, sondern auch wohnen. Diese Wirkungen stützen das Nachhaltigkeitsprinzip der Generationengerechtigkeit. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Hochqualifiziertes Personal ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungs- und somit Zukunftsfähigkeit vieler Unternehmen. Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort ist dabei ein zentraler Standortfaktor für innovative Unternehmen und damit Voraussetzung für die Entstehung von Innovationen. Der Indikator besitzt also eine hohe Validität. Bei der Interpretation des Indikators muss berücksichtigt werden, dass dieser keine Informationen darüber liefert, ob der tatsächliche Bedarf an hochqualifiziertem Personal gedeckt und passgenau erfüllt werden kann. |
| Datenqualität | Bis 2011 wurden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss erfasst, seit 2012 die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 weicht der Stichtageinmalig auf den 31.12. ab. Die Daten können jedoch trotz Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort steht in engem Zusammenhang mit der Innovationskraft der ansässigen Unternehmen (SDG 9.5) sowie mit der lokalen Wirtschaftsleistung (SDG 8.1.1). Zu erwarten ist ein positiver Zusammenhang mit dem Anteil der Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife (SDG 4.3), da diese zumindest zum Teil in der Region bleiben bzw. in diese zurückkehren und dort als hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. |
| Rahmenbedingungen | Der Anteil der Hochqualifizierten (am Arbeitsort) ist in größeren Städten, speziell an Hochschulstandorten, höher als in kleinen Kommunen. |
| Aussage | Im Jahr z hatten x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) einen akademischen Berufsabschluss. |
| Berechnung | (Anzahl SvB mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort) / (Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt) \* 100 |
| Quelle | Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Breitbandversorgung** |
| (Primäres) Ziel | Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (SDG 9) |
| (Primäres) Unterziel | Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern sowie anstreben, in den am wenigsten entwickelten Ländern bis 2020 einen allgemeinen und erschwinglichen Zugang zum Internet bereitzustellen (SDG 9.c) |
| (Primäres) Teilziel | Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern (SDG 9.c.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.2 | 9.c.1 |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Wirtschaftsstruktur |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Smarte Kommune |
| Definition | Anteil der Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit / s nutzen können |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Breitbandverfügbarkeit hat einen indirekten Nachhaltigkeitsbezug. Als häufige Grundvoraussetzung für unternehmerisches Handeln wird die Breitbandversorgung verstärkt zum zentralen Standortfaktor. Auch private Haushalte profitieren von der Versorgung mit dem Breitbandinternet, z. B. durch die Ermöglichung der Arbeit im „Home-Office“. Hierdurch wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert. Auch elektronische Dienste vereinfachen die Erreichbarkeit von Dienstleistungen (e-Medizin, e-Government, etc.). Die Breitbandversorgung ist so zu einem Bestandteil der Daseinsvorsorge geworden und wird von staatlicher Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert. Gerade im ländlichen Raum hat die Breitbandverfügbarkeit jedoch immer noch große Lücken. Aufgrund seiner Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen, für alle sozialen Gruppen und auch für die nachfolgenden Generationen (Prinzip der Generationengerechtigkeit) hat dieser Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Die Breitbandverfügbarkeit ist heute Teil einer zeitgemäßen Infrastrukturbereitstellung und oftmals Voraussetzung dafür, dass Unternehmen handeln und Innovationen hervorbringen können. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z betrug der Anteil der Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit / s nutzen konnten x %. |
| Berechnung | (Anzahl Haushalte mit Breitbandversorgung (≥ 50 Mbit / s)) / (Anzahl Haushalte insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

SDG 10 - Weniger Ungleichheiten

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Einkommensverteilung (Haushalte mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen)** |
| (Primäres) Ziel | Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10) |
| (Primäres) Unterziel | Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen (SDG 10.4) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 Innovationen fördern (SDG 9.5.3) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
| 1.3.2 |  |  |  |  |  |  |  |  | 10.2.210.3.210.4 |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Armut |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Faire Kommune |
| Definition | * Haushalte mit niedrigem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen bis 25.000 Euro pro Jahr
* Haushalte mit mittlerem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro pro Jahr
* Haushalte mit hohem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen über 50.000 Euro pro Jahr
 |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die persönliche Zufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation basiert nicht allein auf dem absoluten Wohlstandsniveau, sondern insbesondere auf der empfundenen Gerechtigkeit der Wohlstandsverteilung. Zwar können liberalisierte Arbeitsmärkte einen positiven Effekt auf die Gesamtwirtschaft haben, gleichzeitig tragen sie jedoch auch zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheit bei. Empirische Untersuchungen zeigen, dass eine solche Entwicklung vor allem mit sozialen, aber auch ökonomischen Problemen einhergeht. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung hängt dabei eng mit dem Begriff der Verteilungsgerechtigkeit zusammen, welche als eine der Grundformen sozialer Gerechtigkeit definiert wird und das friedliche Zusammenleben aktueller und zukünftiger Generationen sicherstellt. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: | z. B. NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Die Betrachtung von Einkommensklassen untersucht zwar nur einen Teilaspekt von sozialer Gleichheit, dennoch liefert sie wichtige Hinweise zum sozialen Gefälle innerhalb einer Kommune. Der Indikator liefert keine Informationen zur individuellen Einkommenssituation, sondern lediglich zur Einkommenssituation von Haushalten, deren Personenzahl nicht bekannt ist. Es kann also sein, dass Ein-Personen-Haushalte und auch Familien innerhalb einer Einkommensklasse verglichen werden. Je nach Personenzahl des Haushalts können also bereits mittlere Einkommen problematisch sein, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Hierdurch wird neben der Datenqualität auch die Validität des Indikators etwas eingeschränkt. |
| Datenqualität | Die Daten stammen von privaten Anbietern der Markt- und Sozialforschung. Bei der Erfassung der Kaufkraft und Ableitung der Haushalte nach Einkommensklassen handelt es sich nicht um eine statistische Erhebung, sondern um eine Berechnungen unter Hinzuziehung vielfältigster Statistiken. Wegen methodischer Änderungen sind die Daten über verschiedene Jahre nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Diese Qualitätseinschränkungen müssen bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Für die Einkommensverteilung bestehen Wechselwirkungen mit der Kinder-, Jugend- und Altersarmut, zur SGB II-/ SGB XII-Quote (SDG 1.3), zur Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8.5.1), zum Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (SDG 8.5.2), zur Schulabbrecherquote (SDG 8.6) und zur vorzeitigen Sterblichkeit (SDG 3.4.2). |
| Rahmenbedingungen | Die Einkommensverteilung wird u. a. durch die regionale Branchenstruktur bestimmt. Beheimatet eine Kommune neben Unternehmen des Hochlohnsektors auch Unternehmen aus dem Niedriglohnbereich, so spiegelt sich dies in einer höheren Einkommensungleichheit wider. Auch die Zusammensetzung der Haushaltsgrößen und die Altersstruktur kann Einfluss auf die Einkommensverteilung haben. In Ein-Personen-Haushalten gibt es immer nur einen Einkommensempfänger, weshalb sich diese häufiger im unteren Bereich der Einkommensverteilung bewegen. Gibt es in einer Kommune überdurchschnittlich viele Ein-Personen-Haushalte, so wirkt sich dies also auch auf die Einkommensverteilung aus (siehe Anmerkungen zur Validität und Datenqualität). |
| Aussage | * Haushalte mit niedrigem Einkommen: Im Jahr z verfügten x % der Haushalte über ein Gesamtnettoeinkommen unter 25.000 Euro pro Jahr
* Haushalte mit mittlerem Einkommen: Im Jahr z verfügten x % der Haushalte über ein Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro pro Jahr
* Haushalte mit hohem Einkommen: Im Jahr z verfügten x % der Haushalte über ein Gesamtnettoeinkommen

über 50.000 Euro pro Jahr |
| Berechnung | * Haushalte mit niedrigem Einkommen: (Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen bis unter 25.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) \* 100
* Haushalte mit mittlerem Einkommen: (Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und

50.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) \* 100* Haushalte mit hohem Einkommen: (Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen über 50.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) \* 100
 |
| Quelle | Nexiga GmbH, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt** |
| (Primäres) Ziel | Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern (SDG 10.2) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status fördern (SDG 10.2.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  | 10.2.2 |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist definiert als der Anteil an Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, der sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Der betrachtete Indikator setzt diese Quote ins Verhältnis zur Beschäftigungsquote innerhalb der Gesamtbevölkerung und lässt auf diese Weise Rückschlüsse über die Positionierung von Ausländerinnen und Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt zu. Eine hohe Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern sichert deren wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Ein Ausgleich der Lebensverhältnisse der Bewohner nichtdeutscher und deutscher Staatsangehörigkeit ist somit von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung einer Kommune. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator liefert wichtige Hinweise zur ökonomischen Ungleichheit von Aus- und Inländern. Es ist zu beachten, dass Einwanderer zwar grundsätzlich im Arbeitsmarkt integriert sein können (d. h. in Beschäftigung sein), aber immer noch von Diskriminierung (z. B. in der Form niedrigerer Löhne) betroffen sind. Außerdem können durch Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht Zugewanderte in erster und nachfolgender Generation zwar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, trotzdem von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betroffen sein. |
| Datenqualität | Es handelt sich um Daten der amtlichen Statistik. Prinzipiell ist die Qualität der Daten entsprechend als hoch einzuschätzen. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote jedoch nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht ein. Eine Nichtberücksichtigung dieser Arbeitsverhältnisse ist dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen bestehen. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben. |
| Datenverfügbarkeit | Die notwendigen Daten zur Berechnung der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern lassen sich über die Statistischen Ämter der Länder und über die Statistik der Bundesagentur für Arbeit abrufen. Die entsprechenden Daten liegen ab dem Jahr 1995 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. Die Daten zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Eine hohe Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern wirkt Kinder- und Jugendarmut (SDG 1.3.2) entgegen, welche unter der ausländischen Bevölkerung besonders hoch sind. Genauso existieren Querbezüge zur Einkommensverteilung der Haushalte (SDG 10.4), zur SGB II-/XII-Quote (SDG 1.3.2) sowie zur Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5.1). |
| Rahmenbedingungen | Für die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern existieren ähnliche regionale Unterschiede wie für die gesamte Beschäftigungsquote. So fällt die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern in vielen Kreisen Süddeutschlands höher aus als im Rest der Bundesrepublik. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass in Süddeutschland anteilig mehr Ausländerinnen und Ausländer leben, die sich schon seit vielen Jahren in Deutschland aufhalten und dementsprechend gut in den Arbeitsmarkt integriert sind. |
| Aussage | Im Jahr z betrug das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung x %. |
| Berechnung | (Anzahl ausländische SvB am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Ausländer 15-64 Jahre insgesamt) / (Anzahl SvB am Wohnort 15-64 Jahre insgesamt / Anzahl Einwohner 15-64 Jahre insgesamt) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt** |
| (Primäres) Ziel | Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 geschlechtsspezifische Disparitäten in der Bildung beseitigen und den gleichberechtigen Zugang der Schwachen in der Gesellschaft, namentlich von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen, zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten (SDG 4.5) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 den gleichberechtigen Zugang der Schwachen in der Gesellschaft, namentlich von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen, zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten (SDG 4.5.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  | 4.5.2 |  |  |  |  |  | 10.2.2 |  |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Bildung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune, Faire Kommune |
| Definition | Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Als Schulabbrecher gelten solche Schulabgänger, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Der betrachtete Indikator legt einen Fokus auf die Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern und setzt diese ins Verhältnis zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung. Die schulische Grundausbildung ist eine der zentralen Voraussetzungen für soziale Teilhabe und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Insbesondere für Ausländerinnen und Ausländer, aber auch für die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Kommune, ist die Gewährleistung einer entsprechenden schulischen Grundausbildung von großer Bedeutung. Doch gerade die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer ist mit zahlreichen Schwierigkeiten bei der Integration in das Bildungssystem konfrontiert. Hier können fallspezifische Diskriminierungen vorliegen, aber auch systematische Faktoren, wie etwa unsichere Aufenthaltsverhältnisse. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: | x |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bezieht sich schlüssig auf den gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen. Er liefert Informationen zu einer Bevölkerungsgruppe, die überdurchschnittlich häufig mit Problemen im Bildungssystem konfrontiert ist und daher häufig Gefahr läuft, in prekäre wirtschaftliche Situationen zu geraten. Durch den Vergleich der Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern und der Schulabbrecherquote innerhalb der Gesamtbevölkerung wird deutlich, welches Ausmaß die Nachteile im Bildungsbereich für diese Bevölkerungsgruppe annehmen. Seit Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts erhalten Kinder unter bestimmten Voraussetzungen des Bleiberechts der Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft. So werden diese in der Gruppe der ausländischen Schulabgänger nicht erfasst. |
| Datenqualität | Die Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern in Form einer Vollerhebung gewonnen, wobei die Schulen eine Auskunftspflicht besitzen. Entsprechend sind keine stichprobenbedingten Fehler zu erwarten, und die Qualität der Daten ist entsprechend hoch. Probleme ergeben sich einzig aufgrund der nicht-einheitlichen Bildungssysteme in den Ländern. Auch der Vollzug der Schulpflicht kann je nach Bundesland variieren. Zwar kann von einer statistischen Nivellierung dieser Effekte ausgegangen werden, dennoch muss grundsätzlich in Betracht gezogen werden, dass sich derartige Länderspezifika in der Statistik widerspiegeln. |
| Datenverfügbarkeit | Daten zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung sowie zur Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Eine hohe Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern wirkt sich negativ auf deren Integration in den Arbeitsmarkt aus. Hieraus ergeben sich Konsequenzen für die Beschäftigungsquote, die Langzeitarbeitslosigkeit, die SGB II-/SGB XII-Quote sowie für die Kinder-, Jugend- und Altersarmut. |
| Rahmenbedingungen | Der Indikator wird u. a. durch länderspezifische Ausformungen des Schulrechts beeinflusst. Regionen, in denen Ausländerinnen und Ausländer besser in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert sind, weisen tendenziell auch eine niedrigere Schulabbrecherquote innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe auf. |
| Aussage | Im Jahr z betrug das Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Schulabbrecherquote innerhalb der Gesamtbevölkerung x %. |
| Berechnung | (Anzahl ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss / Anzahl ausländischer Schulabgänger insgesamt) / (Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss insgesamt / Anzahl Schulabgänger insgesamt) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

SDG 11 - Nachhaltige Städte und Gemeinden

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Mietpreise** |
| (Primäres) Ziel | Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren (SDG 11.1) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen (SDG 11.1.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 11.1.1 |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Wohnen und Wohnumfeld |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune; Familiengerechte Kommune |
| Definition | Durchschnittliche Nettokaltmiete je m2 |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Das Thema „Wohnen“ nimmt eine zentrale Rolle im Leben der Menschen ein und hat daher eine elementare Bedeutung für deren Lebensqualität. Die eigene Wohnung wird im Wesentlichen als Ort der Geborgenheit, der Selbstbestimmtheit, der Sicherheit und der Gemeinschaft gesehen und damit als zentraler Ort des Ausgleichs zum Arbeitsplatz wahrgenommen. Insbesondere in Groß- und Universitätsstädten gibt es oft große Engpässe in der Wohnraumversorgung. Gleichzeitig herrschen in anderen Städten und Gemeinden massive Abwanderungstendenzen mit einhergehenden Problemen bei der Wohnqualität. In beiden Fällen sind die ökonomische sowie die soziale Dimension betroffen und in beiden Fälle zeigen sich die Auswirkungen in den Mietpreisen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf den Preis des Wohnens und liefert daher wertvolle Informationen, ob in der Region bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. |
| Datenqualität | Die Daten basieren auf einer Erhebung von Angebotsinseraten bei über 100 Online-Plattformen und Tageszeitung. Berücksichtigt wurden Wohnungen zwischen 40 und 130 m². Es handelt sich um Nettokaltmieten ohne Nebenkosten für nicht-möblierte Wohnungen. Doppelte Erfassungen wurden systematisch bereinigt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen können die durchschnittlichen Mietpreise nur innerhalb von Ein-Euro-Klassengrenzen angegeben werden. Daten zu Bestandsmieten können auf diesem Wege nicht erhoben werden. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten werden vom BBSR bereitgestellt und liegen ab dem Jahr 2005 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Wechselwirkungen sind insbesondere zu allen Indikatoren zu erwarten, die Rückschlüsse auf die Wirtschaftsstruktur erlauben. So hängt der durchschnittliche Mietpreis mit dem BIP je Einwohner (SDG 8.1.1), den Existenzgründungen und dem Anteil von Hochqualifizierten (SDG 8.2) zusammen. Auch ein Zusammenhang mit der Sozialstruktur der Bevölkerung ist erkennbar (SDG 1.3.2, 10.4). |
| Rahmenbedingungen | Vor allem urbane Zentren und Mittelstädte spüren momentan einen starken Druck auf ihrem Wohnungsmarkt. Die Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur korreliert daher in hohem Maße mit den Mietpreisen. Über die Ausweisung von Bauflächen und Instrumenten wie der Mietpreise kann auch die Politik entsprechende Rahmenbedingungen gestalten. |
| Aussage | Im Jahr z betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete x Euro je Quadratmeter. |
| Berechnung | Durchschnittliche Nettokaltmiete in € je m2 |
| Quelle | BBSR |
| Einheit | € je m2 |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Modal Split** |
| (Primäres) Ziel | Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 11.2.1 |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Mobilität |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Klimaneutrale Kommune |
| Definition | Anteile des Fußverkehrs, Radverkehrs und ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Der Modal Split beschreibt die Verteilung des Transportaufkommens auf die unterschiedlichen Verkehrsmittel (i. d. R. Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV und MIV). Der Indikator vermittelt auf diese Weise ein Bild vom Mobilitätsverhalten innerhalb der Kommune. Dabei sollen langfristig die Anteile des nicht-motorisierten Verkehrs (d. h. Fuß- und Radverkehr) und des öffentlichen Personennahverkehrs gesteigert werden, um die Nachhaltigkeit der Verkehrssysteme zu sichern. Im Moment liegen für Deutschland noch keine flächendeckenden Daten auf kommunaler Ebene vor. Die entsprechenden Werte können jedoch über Bürgerbefragungen von jeder Kommune selbst erhoben werden. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bildet den Anteil der verschiedenen Verkehrssysteme aufschlussreich ab und kann somit als Basis für eine Bedarfsanalyse dienen. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z betrugen die Anteile des Fußverkehrs, des Radverkehrs und des ÖPNV jeweils x % am gesamten Verkehrsaufkommen. |
| Berechnung | (Aufkommen Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV) / (Verkehrsaufkommen insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Verunglückte im Verkehr** |
| (Primäres) Ziel | Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  | 3.6 |  |  |  |  |  |  |  | 11.2.2 |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Sicherheit |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Familiengerechte Kommune |
| Definition | Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen je 1.000 Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Weltweit sind Verkehrsunfälle – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Landes – die häufigste Todesursache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Insgesamt ereignen sich in Deutschland jährlich rund 300.000 Unfälle mit Personenschäden, was ca. 800 Unfällen mit Verletzungen oder Todesfolgen pro Tag entspricht. Die gesellschaftlichen Kosten, die sich aus den Gesundheitsschäden und Verkehrsauswirkungen dieser Unfälle ergeben, sind beträchtlich und betreffen daher das Prinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit. Doch auch innerhalb einer Generation bestehen Ungleichheiten in der Verkehrssicherheit, da bestimmte Personengruppen und insbesondere Kinder erhöht gefährdet sind. Daher müssen präventive Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen: | z. B. NRW |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf die Verkehrssicherheit und deckt damit den Kernaspekt des Teilziels treffend ab. |
| Datenqualität | Die Daten enthalten keine Angaben zu nicht gemeldeten Verkehrsunfällen, die sich allerdings weitestgehend auf Sachschäden und geringfügige Personenschäden beschränken und damit die Datenqualität nicht bedeutsam beeinflussen. |
| Datenverfügbarkeit | Die benötigten Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 2008 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Für den Indikator sind insbesondere Wechselwirkungen mit dem Modal Split (SDG 11.2.1) zu erwarten. |
| Rahmenbedingungen | Die Haushaltssituation der Kommune könnte sich auf Möglichkeiten zur Prävention auswirken. Entgegen der häufigen Annahme sind Personen in Großstädten durchschnittlich nicht gefährdeter als Personen in mittelgroßen Städten. Zudem ist zu beachten, ob besondere Verkehrssituationen mit häufigem Unfallaufkommen (z. B. in Autobahnkreuzen) auf der Gemarkung der Kommune existieren. |
| Aussage | Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner x Personen in Verkehrsunfällen verletzt oder getötet. |
| Berechnung | (Anzahl verletzte oder getötete Personen bei Verkehrsunfällen) / (Anzahl Einwohner) \* 1.000 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | Verunglückte je 1.000 Einwohner |
| Abrufbar für | 2008 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Flächenverbrauch** |
| (Primäres) Ziel | Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken (SDG 11.3) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten (SDG 11.3.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 11.3.1 |  |  |  | 15.1 |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche innerhalb Deutschlands im Zeitraum zwischen 1992 und 2015 jeden Tag um durchschnittlich 104 ha zu. Insgesamt beträgt der Anteil derSiedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche des Bundesgebiets (beschrieben durch „Flächenverbrauch“ oder„Flächeninanspruchnahme“) inzwischen ca. 40 %. Diese stetige Zunahme führt zu einem Verlust wichtiger Bodenfunktionen und einer Entwertung von Naturräumen. Außerdem wird hierdurch die Entstehung von Hochwasser begünstigt. Bundesweit soll bis zum Jahr 2030 der durchschnittliche tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 20 ha reduziert werden. Zur Erreichung dieses Ziels ist es nötig, dass auch auf kommunaler Ebene entsprechende Schritte eingeleitet werden, die zu einer nachhaltigen Flächennutzung beitragen können. In besonderem Maße sollte also die zeitliche Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche betrachtet werden. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: | z. B. BW, NRW |
| Validität | Der Indikator weist eine hohe Validität auf, da er das Ziel einer nachhaltigen Gestaltung der Verstädterung zum Ausdruck bringt. Allerdings kann eine Reduzierung der Siedlungs- und Verkehrsfläche allein keine nachhaltige Verstädterung gewährleisten. |
| Datenqualität | Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wird von allen Gemeinden ohne Einschränkungen erfasst. Allerdings ist diese statistische Erfassung bundesweit nicht einheitlich geregelt, wodurch kleinere Einschränkungen bei der Datenqualität entstehen. Auch Änderungen im Erfassungsmodus der einzelnen Flächennutzungen schränken die Vergleichbarkeit über verschiedene Jahre ein. |
| Datenverfügbarkeit | Die benötigten Daten zur Berechnung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche sind über die Statistischen Ämter der Länder ab dem Jahr 2008 auf Gemeinde-Ebene abrufbar. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Der Indikator interagiert mit der Branchenstruktur (SDG 8.2), dem Angebot der Erholungsflächen (SDG 11.3.7) und der Bevölkerungsentwicklung. Besonders interessant kann in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Intensität der Flächennutzung sein (SDG 11.3.1). Dieser Indikator setzt die Siedlungs- und Verkehrsfläche ins Verhältnis zur Bevölkerung. |
| Rahmenbedingungen | Ländliche und städtische Räume können sich beim Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche massiv unterscheiden. Genauso haben wachsende und schrumpfende Regionen mit unterschiedlichen Herausforderungen zu kämpfen. Wachsende Regionen stehen vor der Aufgabe, Wohnungsneubau zu realisieren, um möglichst viele Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen und weite Pendelwege zu vermeiden. Trotz des Innenentwicklungsprimats geht dies oft mit einem Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche einher. Bei stark schrumpfenden Regionen kann der erforderliche Rückbau von Wohnraum hingegen teilweise nicht mit den zurückgehenden Einwohnerzahlen Schritt halten. |
| Aussage | Im Jahr z betrug der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche x %. |
| Berechnung | (Siedlungs- und Verkehrsfläche) / (Gesamtfläche) \* 100 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | % |
| Abrufbar für | 2008 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Naherholungsflächen** |
| (Primäres) Ziel | Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen (SDG 11.7) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 11.711.3.1 |  |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Wohnen und Wohnumfeld |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Erholungsflächen pro Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Erholungsflächen umfassen unbebaute Flächen, die überwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Zu diesen Flächen gehören u. a. Grünanlagen, Parks, Schrebergärten sowie Sportflächen und Campingplätze. Erholungsflächen erfüllen wichtige soziale, ökologische und ökonomische Funktionen. So haben Erholungsflächen einen hohen Freizeitwert, können Stress reduzieren und als Treffpunkt verschiedener sozialer Schichten dienen. Erholungsflächen haben jedoch auch einen hohen ökologischen Wert, da sie durch Klimaregulation und Luftfilterung insbesondere in städtischen Gebieten die Luftqualität verbessern können. Letztlich sind Erholungsräume aber auch ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor und damit von ökonomischer Relevanz. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: | z. B. NRW |
| Validität | Der Indikator weist eine hohe Validität auf, da er sich direkt auf das regionale Angebot an Grün- bzw. Erholungsflächen bezieht. Er liefert jedoch keine Informationen dazu, ob die bereitgestellten Erholungsflächen sicher und inklusiv sind und von den genannten Bevölkerungsgruppen genutzt werden. |
| Datenqualität | Durch regelmäßige und flächendeckende Vermessungen und Kartierungen ist die Datenqualität hoch. Änderungen und Unterschiede im Erfassungsmodus der einzelnen Flächennutzungen schränken die Vergleichbarkeit des Indikators sowohl im räumlichen als auch im zeitlichen Kontext etwas ein. |
| Datenverfügbarkeit | Daten zur Erholungsfläche sind über die Statistischen Ämter der Länder ab dem Jahr 2008 auf Gemeinde-Ebene abrufbar. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. Daten zur Einwohnerzahl sind über den Wegweiser Kommune abrufbar liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Der Indikator weist Wechselwirkungen mit zahlreichen ökologischen Indikatoren (v. a. Flächenverbrauch, Naturschutzflächen und Indikatoren der biologischen Vielfalt, SDG 11.3.1, 15.5.2) sowie Indikatoren zum preiswerten Wohnraum (insbesondere Mietpreisentwicklung, SDG 11.1.1) auf. Zudem sind Interdependenzen mit der Luftqualität (SDG 3.9.2) zu erwarten. |
| Rahmenbedingungen | In kleinen und mittleren Kommunen können die Einwohner neben den eigentlichen Erholungsflächen meist auch Freiflächen in der Umgebung für Erholungszwecke nutzen, deutlich häufiger als Großstädte in größeren Agglomerationen. Die Pflege und Unterhaltung von Naherholungsflächen ist insbesondere für Kommunen mit ungünstiger Haushaltslage ein Problem. |
| Aussage | Im Jahr z kamen auf einen Einwohner x km² Erholungsfläche. |
| Berechnung | (Erholungsfläche) / (Anzahl Einwohner) |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | km2 je Einwohner |
| Abrufbar für | 2008 - 2016 |

SDG 12 - Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Trinkwasserverbrauch** |
| (Primäres) Ziel | Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen (SDG 12.2) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.4.1 |  |  |  | 12.2 |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe) pro Einwohner und Tag |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Insgesamt gesehen ist Deutschland ein wasserreiches Land. Vom jährlichen Wasserdargebot, d. h. der aus dem natürlichen Wasserkreislauf zur Verfügung stehenden Süßwassermenge, wird nur ein geringer Prozentsatz entnommen und nach Gebrauch dem Kreislauf wieder zugeführt. 2014 wurden in Deutschland im Schnitt 121 Liter Wasser pro Tag und Einwohner verbraucht, wobei der Verbrauch seit den 1990er Jahren stark rückläufig ist. Diese Entwicklung zeigt das wachsende Bewusstsein für den sorgsamen Umgang mit Wasser. Trotzdem bleibt Wasser eine kostbare Ressource, mit der in Deutschland auch weiterhin sorgsam umgegangen werden sollte. Insbesondere die Entnahme von Tiefenwasser, welche in zahlreichen Regionen stattfindet, kann langfristig zu einer Reduzierung der Grundwasserreserven führen und damit das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit beeinträchtigen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Wasser gehört zu den wichtigsten natürlichen Ressourcen. Eine schonende und effiziente Nutzung dieser Ressource muss also zentrales Ziel sein und kann durch den betrachteten Indikator abgebildet werden. Die Validität ist daher hoch. |
| Datenqualität | Es handelt sich um eine amtliche Statistik, die Qualität der Daten ist also grundsätzlich hoch. Für einen kleinen Teil der Kreise in Deutschland liegen allerdings keine Zahlen vor. Neun Prozent des Pro-Kopf-Verbrauchs entfallen auf das Kleingewerbe, das statistisch mit dem Haushaltsverbrauch zusammengefasst wird. Hierdurch ist die Datenqualität minimal eingeschränkt. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 1998 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt alle drei Jahre. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Wechselwirkungen können mit der Intensität der Flächennutzung (SDG 15.1) auftreten; z. B. verbrauchen Haushalte in Strukturen mit freistehenden Einfamilienhäusern und Gärten mehr Wasser als Haushalte in dicht bebauten Gebieten. |
| Rahmenbedingungen | Die Zusammensetzung der Haushalte und damit die Bevölkerungsstruktur wirken sich entscheidend auf den Verbrauch von Trinkwasser aus. So weisen Ein-Personen-Haushalte einen höheren Pro-Kopf-Verbrauch als Mehrpersonenhaushalte auf. Darüber hinaus lassen sich stabile Unterschiede zwischen Kommunen und Bundesländern nachweisen, die bislang nicht aufgeklärt werden konnten. |
| Aussage | Im Jahr z wurden je Einwohner und Tag durchschnittlich x Liter Wasser verbraucht. |
| Berechnung | in l |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | l je Einwohner und Tag |
| Abrufbar für | 2007, 2010, 2013 |

**NACHHALTIGE/R KONSUMUND PRODUKTION**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Abfallmenge** |
| (Primäres) Ziel | Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern (SDG 12.5) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.4.1 |  |  | 11.6 | 12.212.5 |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Entsorgte Abfallmenge je Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Eine nachhaltige Abfallpolitik hat das Ziel der Schonung natürlicher Ressourcen und der Verminderung von Emissionen. Die Abfallvermeidung ist dabei zentrales Anliegen von Abfallpolitik und besitzt laut Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrGW) die höchste Priorität in der fünfstufigen Abfallhierarchie. Abfallvermeidung kann u. a. über eine ressourceneffiziente Produktion oder über ein umsichtiges Verbraucherverhalten erreicht werden. Da durch eine reduzierte Abfallmenge der Rohstoffbedarf der gesamten Volkswirtschaft reduziert werden kann, ist die Abfallvermeidung und somit die Reduzierung der Abfallmenge eine globale Verantwortung der staatlichen und kommunalen Politik. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Vermeidung von Abfall kommt in der fünfstufigen Abfallhierarchie höchste Priorität zu. Die vermiedene Abfallmenge lässt sich jedoch nicht beobachten. Über die entsorgte Abfallmenge je Einwohner lässt sich allerdings ein Rückschluss auf die Dringlichkeit und den nötigen Umfang der Abfallvermeidung ziehen. |
| Datenqualität | Es handelt sich um Daten aus einer amtlichen Statistik, d. h. die Datenqualität ist grundsätzlich hoch. Die Erhebung der Abfallentsorgung wird bei den Betreibern von zulassungsbedürftigen Anlagen durchgeführt, die eigene oder von Dritten übernommene Abfälle entsorgen. Es existieren keine Informationen darüber, ob die entsorgten Abfälle auch vor Ort entstanden sind, was zu Einschränkungen bei der Datenqualität führt. Zusätzlich sind in der Statistik bis 2005 keine Angaben zu betriebseigenen Abfällen enthalten. |
| Datenverfügbarkeit | Die benötigten Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 2004 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Ein Anstieg der Produktionsmenge (d. h. des Bruttoinlandprodukts, SDG 8.1.1) ist in der Regel mit einer höheren Abfallmenge verbunden, wobei langfristig eine Entkoppelung dieser beiden Größen erfolgen sollte. Auf der Produktionsseite kann dies durch ein betriebsinternes Umweltmanagement erreicht werden, was unter anderem durch das Umweltmanagement- und Auditsystem EMAS (SDG 12.6) unterstützt wird. |
| Rahmenbedingungen | Die entsorgte Abfallmenge hängt u. a. von den siedlungsstrukturellen und abfallwirtschaftlichen Gegebenheiten ab. Diese Gegebenheiten sind auf kommunaler Ebene in Form von Satzungen festgelegt und beinhalten beispielsweise Regelungen zum Anschluss- und Benutzungszwang oder zu den Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung. Da sich diese Gegebenheiten je nach Region unterscheiden, sind auch wesentliche regionale Unterschiede im Abfallaufkommen zu erwarten. Die ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Brandenburg und Thüringen weisen z.B. bei den Gesamtmengen die niedrigsten Werte auf, während Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und das Saarland diehöchsten Werte aufweisen. |
| Aussage | Die entsorgte Abfallmenge betrug im Jahr z x Tonnen je Einwohner. |
| Berechnung | (Menge entsorgter Abfall) / (Anzahl Einwohner) |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | t je Einwohner |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **EMAS-zertifizierte Standorte** |
| (Primäres) Ziel | Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen sicherstellen (SDG 12) |
| (Primäres) Unterziel | Die Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen (SDG 12.6) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  | 8.4.18.4.2 |  |  |  | 12.6 |  |  |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökonomie – Wirtschaftsstruktur |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Anzahl der EMAS zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Betriebe |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Zertifizierung von Unternehmen ist ein transparenter und erfolgreicher Weg, Umweltschutz in betriebliche Abläufe einzubringen und zu kommunizieren. Bei der Zertifizierung werden die Bestandteile des Managements (Planung, Steuerung und Überwachung der Betriebsabläufe) auf den Umweltschutz übertragen. Das Umweltmanagement soll in allen Bereichen des Unternehmens ansetzen, um durch den sparsamen Umgang mit Naturgütern die optimale Lösung im Sinne des Umweltschutzes zu erreichen und – sofern möglich – gleichzeitig Kosteneinsparungen zu ermöglichen. EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) ist eines von mehreren Zertifizierungssystemen (neben beispielsweise ISO14001, ÖKOPROFIT, QuB). Ein Öko-Zertifikat dient der Imagepflege des Unternehmens, da es werbewirksam eingesetzt werden kann. Auch einige Großunternehmen (z. B. in der Automobilindustrie) verlangen von ihren Zulieferbetrieben eine Umwelt-Zertifizierung. Durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie wird mit der Zertifizierung das Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit verfolgt. Die Förderung des Umweltschutzes wird aber auch der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit gerecht. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: | x |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Die Anzahl der EMAS-zertifizierten Standorte bildet das Ziel einer nachhaltigen Produktionsweise sinnvoll ab. Die Validität des Indikators ist daher hoch. Allerdings ist EMAS nur eines von mehreren Zertifizierungssystemen. Zudem legen viele Unternehmen Wert auf nachhaltige Produktionsweisen und eine entsprechende Berichterstattung ohne Zertifizierungen zu besitzen. Der Indikator kann somit nur zum Teil die Verbreitung nachhaltiger Produktionsweisen anzeigen. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z hatten x von 1.000 Betrieben ein EMAS-Zertifikat. |
| Berechnung | (Anzahl EMAS zertifizierte Standorte) / (Anzahl Betriebe insgesamt) \* 1.000 |
| Einheit | Anzahl je 1.000 Betriebe |

**MASSNAHMENZUM KLIMASCHUTZ**

SDG 13 - Maßnahmen zum Klimaschutz

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **CO2-Ausstoß (Private Haushalte / Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen / Verkehr)** |
| (Primäres) Ziel | Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13) |
| (Primäres) Unterziel | Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 11.6 |  | 13.2 | 14.1 |  |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Klima und Energie |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Umweltgerechte Kommune |
| Definition | * CO2-Ausstoß der privaten Haushalte: CO2-Ausstoß der privaten Haushalte je Einwohner
* CO2-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen: CO2-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen je Einwohner
* CO2-Ausstoß des Verkehrs: CO2-Ausstoß des Verkehrs je Einwohner
 |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Internationale Bestrebungen zur Festlegung langfristiger Ziele zur Minderung der weltweiten CO2-Emissionen erfordern auch Anstrengungen auf der kommunalen Ebene. Um Vergleiche zwischen Kommunen zu ermöglichen, braucht es eine regional und zeitlich vergleichbare Bilanzierung der CO2-Emissionen nach dem Verursacherprinzip. Der vorgeschlagene Indikator setzt die produzierte Menge an CO2-Emissionen, differenziert hinsichtlich unterschiedlicher Gruppen von Emittenten, in Bezug zur Einwohnerzahl der Kommune. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum CO2-Ausstoß vergleichbar. Hierbei ist zu beachten, dass regionale Unterschiede vor dem Hintergrund der Branchenstruktur, der Nähe zu Autobahnen und anderen regionalen Faktoren interpretiert werden müssen. Der Indikator steht in direktem Bezug zum Unterziel und zu SDG 13, insofern CO2 ein Stoff ist, der neben weiteren zum Klimawandel beiträgt. Die Verringerung des CO2-Ausstoßes ist verankertes Ziel sowohl auf Bundes- wie auch auf Länderebene. Es adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der CO2-Ausstoß kann durch Klimaschutzmaßnahmen reduziert werden. Solche Maßnahmen müssen auch auf der kommunalen Ebene implementiert werden, um nationale und internationale Ziele zu erreichen. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | * CO2-Ausstoß der privaten Haushalte: Im Jahr z wurden durch die privaten Haushalte x Tonnen CO2 je Einwohner emittiert.
* CO2-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen: Im Jahr z wurden durch Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen x Tonnen CO2 je Einwohner emittiert.
* CO2-Ausstoß des Verkehrs: Im Jahr z wurden durch den Verkehr x Tonnen CO2 je Einwohner emittiert.
 |
| Berechnung | * CO2-Ausstoß der privaten Haushalte: (Menge CO2-Emission der privaten Haushalte) / (Anzahl Einwohner)
* CO2-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen: (Menge CO2-Emission von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) / (Anzahl Einwohner)
* CO2-Ausstoß des Verkehrs: (Menge CO2-Emission durch den Verkehr) / (Anzahl Einwohner)
 |
| Einheit | t je Einwohner |

**LEBENUNTER WASSER**

SDG 14 - Leben unter Wasser

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Fließwasserqualität** |
| (Primäres) Ziel | Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen (SDG 14) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Lande ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern (SDG 14.1) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  | 6.3.1 |  |  |  |  |  |  |  | 14.1 | 15.1 |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Umweltgerechte Kommune |
| Definition | Anteil der Fließgewässer mit den ökologischen Zustandsbewertungen „sehr gut“, „gut“ und „mäßig“ |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Ein unzureichender ökologischer Zustand von Fließgewässern ist in den meisten Fällen auf übermäßige Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, auf Verbauungen und Begradigungen sowie auf die Einleitung von unbehandeltem bzw. mangelhaft behandeltem Abwasser zurückzuführen. Da Fließgewässer im Meer münden, hat deren Qualität auch Einfluss auf die nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen. Eine Messung des ökologischen Zustands der Fließgewässer erfolgt nach der Wasserrahmenrichtlinie anhand von physiko-chemischen, hydromorphologischen und biologischen Qualitätskomponenten. Je höher die Abweichung vom natürlichen Zustand, desto geringer die Wasserqualität. Die Bewertungsskala reicht dabei über fünf Stufen von „sehr gut“ bis „schlecht“. Der Indikator gibt den Anteil der Fließgewässer innerhalb der Kommune an, die mindestens Güteklasse III erreichen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf eine Möglichkeit der Meeresverschmutzung, welche vom Land ausgeht. Der Validität des Indikators ist daher gegeben. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z wurde der Zustand von x % der Fließgewässer mit mindestens „mäßig“ bewertet. |
| Berechnung | (Anzahl Fließgewässer mit einer ökologischer Zustandsbewertung von „sehr gut“, „gut“ oder „mäßig“) / (Anzahl Fließgewässer insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

SDG 15 - Leben an Land

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Naturschutzflächen** |
| (Primäres) Ziel | Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15) |
| (Primäres) Unterziel | Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5) |
| (Primäres) Teilziel | Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern (SDG 15.5.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 11.3.1 |  |  |  | 15.115.5.1 |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Resiliente Kommune |
| Definition | Anteil der Naturschutzflächen (Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks) an der Gesamtfläche |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Sicherung biologischer Vielfalt erfordert ausreichend große Flächen, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann. Nur so können wildlebende Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume geschützt werden. Innerhalb ausgewiesener Naturschutzflächen ist der besondere Schutz von Natur und Landschaft rechtsverbindlich geordnet. Zu diesen Flächen gehören z. B. Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks. Der betrachtete Indikator gibt an, welchen Anteil diese Flächen an der kommunalen Gesamtfläche einnehmen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW, NRW |
| Kommunen: | z. B. BW |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel, die Validität des Indikators ist daher hoch. |
| Funktion | Output-, Outcome oder Impact-Indikator | x |
| Input-/ Output-Indikator |  |
| Input-Indikator |  |
| Aussage | Im Jahr z waren x % der Gesamtfläche der Kommune als Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks ausgewiesen. |
| Berechnung | (Fläche Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks) / (Fläche insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

**LEBEN ANLAND**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Nachhaltige Forstwirtschaft** |
| (Primäres) Ziel | Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden, geschädigte Wälder wiederherstellen und die Aufforstung und Wiederaufforstung weltweit beträchtlich erhöhen (SDG 15.2) |
| (Primäres) Teilziel | Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden und geschädigte Wälder wiederherstellen (SDG 15.2.1) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 15.2.1 |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Klimaneutrale Kommune |
| Definition | Anteil der zertifizierten Waldfläche nach PEFC bzw. FSC an der gesamten Waldfläche |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Das PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC (Forest Stewardship Council) vergeben Zertifizierungen an solche Waldflächen, die besonders hohe Anforderungen an die Nachhaltigkeit und an die Umweltverträglichkeit der Waldbewirtschaftung erfüllen. Der betrachtete Indikator, der den Anteil der zertifizier-ten Flächen an der gesamten Waldfläche misst, bezieht sich daher direkt auf das ausgewählte Unterziel. Innerhalb Deutschlands tragen dabei ca. 7 % der Waldflächen das Zertifikat des FSC und ca. zwei Drittel der Waldflächen das Zertifikat des PEFC. Die notwendigen Daten zur Erstellung dieses Indikators stehen derzeit nur auf Bundes- und Länderebene zur Verfügung. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: | z. B. NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern, die Validität ist daher hoch. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z waren x % der Waldflächen PEFC- bzw. FSC zertifiziert |
| Berechnung | (Waldfläche mit PEFC- bzw. FSC-Zertifizierung) / (Waldfläche insgesamt) \*100 |
| Einheit | % |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Landschaftsqualität und Artenvielfalt** |
| (Primäres) Ziel | Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15) |
| (Primäres) Unterziel | Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5) |
| (Primäres) Teilziel | Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5.2) |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 11.3.1 |  |  |  | 15.5.2 |  |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Umweltgerechte Kommune |
| Definition | Entwicklung der Bestände von Vogelarten |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Der Indikator beschreibt den Zustand der Landschaftsqualität, welche durch die quantitative Bestandsentwicklung repräsentativer Vogelarten dargestellt wird. Die ausgewählten Vogelarten reagieren sensibel auf Veränderungen der Flächennutzung, weshalb Aussagen zur Nachhaltigkeit der Flächennutzung gemacht werden können. Für dieBeurteilung des Indikators wird ein Zielwert festgelegt, der unter Einhaltung von Naturschutzregelungen und Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung eingehalten werden kann. Eine Methode zur Festlegung dieses Zielwerts findet sich in Achtziger et al. (2004). Auf diese Weise lässt sich in jedem Jahr überprüfen, wie nahe die tatsächlich beobachteten Vogelbestände diesem Zielwert kommen. Signifikante Abweichungen deuten darauf hin, dass Regelungen und nachhaltige Leitlinien in der Flächennutzung missachtet wurden. Für Deutschland weist der Indikator seit Jahren einen negativenTrend auf und lag im Jahr 2013 nur noch bei 68 %. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: | x |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. NRW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel. Die Validität ist daher sehr hoch. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr betrug der der beobachtete Bestand an Vogelarten x % des Zielwerts. |
| Berechnung | (Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten) / (Zielwert des Index für Bestand an Vogelarten) \* 100 |
| Einheit | % |

SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Straftaten** |
| (Primäres) Ziel | Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16) |
| (Primäres) Unterziel | Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen (SDG 16.4) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 11.7 |  |  |  |  | 16.4.3 |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Soziales – Sicherheit |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Familiengerechte Kommune |
| Definition | Anzahl der registrierten Straftaten je 1.000 Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit ist ein wesentlicher Aspekt der lokalen Lebensqualität. Eine am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte Kommune sollte demnach eine Reduzierung der Anzahl der Straftaten zum Ziel haben, als Indikator eines objektiv höheren Sicherheitsniveaus der Bürgerinnen und Bürger. Im Jahr 2016 wurden innerhalb Deutschlands ca. 6,37 Millionen Straftaten registriert. Der betrachtete Indikator setzt die Zahl der polizeilich bekanntgewordenen Straftaten innerhalb einer Kommune ins Verhältnis zur Einwohnerzahl und vermittelt dadurch ein Bild derSicherheitslage. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: | x |
| Länder: | z. B. BW |
| Kommunen: | z. B. BW |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf den Aspekt der Kriminalität und liefert Informationen zu deren Ausmaß. Aufgrund dieser wichtigen Informationen besitzt der Indikator eine hohe Validität. |
| Datenqualität | Die Daten stammen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik und werden auf Grundlage der Daten der 16 Landeskriminalämter erstellt. Die Qualität der Daten ist daher sehr hoch. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über die Polizeiliche Kriminalstatistik abrufbar und liegen ab dem Jahr 2014 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Kriminalität liegt insbesondere in Regionen mit hohen Armutsraten (SDG 1.3.2) und hohen Langzeitarbeitslosenquoten (SDG 8.5.1) vor. Der Grund ist ein doppelter. Zum einen ist die polizeilich erfasste Kriminalität bei der armen Bevölkerung überdurchschnittlich. Zum anderen finden Straftaten überdurchschnittlich in innerstädtischen Gegenden statt, die von Ärmeren bewohnt werden, ohne dass die Täter unbedingt aus der lokalen Bevölkerung kommen. |
| Rahmenbedingungen | Insbesondere Großstädte und Ballungsräume sind aufgrund der ungünstigen Sozialstruktur von erhöhter Kriminalität betroffen. Zudem zeigt sich für Deutschland ein Nord-Süd-Gefälle mit niedrigeren Kriminalitätsraten im Süden Deutschlands. |
| Aussage | Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner x Straftaten polizeilich bekannt. |
| Berechnung | (Anzahl polizeilich bekanntgewordene Straftaten) / (Anzahl Einwohner) \* 1.000 |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, Bundeskriminalamt, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | Straftaten je 1.000 Einwohner |
| Abrufbar für | 2014 - 2016 |

**FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN**

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Verschuldung im Kernhaushalt** |
| (Primäres) Ziel | Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16) |
| (Primäres) Unterziel | Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16.6) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 16.6 |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Governance – Haushaltsführung |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung |  |
| Definition | Verschuldung im Kernhaushalt je Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die Haushaltslage einer Kommune hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung und nachfolgender Generationen. Eine hohe kommunale Verschuldung beeinträchtigt die ökonomischen, sozialen und auch ökologischen Rahmenbedingungen (z. B. Ausbau der Infrastruktur, soziale Leistungen, Wasserqualität). Ein hoher Schuldendienst mindert die Investitionsquote, worunter z. B. Erhalt, Ausbau und Anpassung der lokalen Infrastruktur leiden. Das Problem verschärft sich, wenn die Schulden nicht abgebaut werden können. Dies bedeutet für nachfolgende Generationen unter Umständen, dass die gleichwertigen Lebensbedingungen nicht gesichert werden können, sodass hier in der mittel- bzw. langfristigen Perspektive das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit betroffen ist. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: | z. B. NRW |
| Kommunen: | z. B. BW, NRW |
| Validität | Der Indikator bezieht sich insbesondere auf die finanzielle Sicherung der kommunalen Leistungsfähigkeit, welche mit zunehmender Verschuldung eingeschränkt wird. Somit wird ein wichtiger Aspekt des Unterziels abgedeckt. Allerdings existieren keine Informationen darüber, inwieweit der Schuldenlast sinnvolle Investitionen gegenüber stehen oder inwieweit die jeweiligen Kommunen in der Lage sind, die Schulden zu tilgen. Ein hoher Verschuldungsgrad erhöht jedoch das Risiko, bei strukturellen oder konjunkturellen Abschwüngen, den Schuldendienst schlechter bedienen zu können. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Indikator nur die Verschuldung im Kernhaushalt, nicht aber im„Konzern Kommune“ abbildet. Die Verschuldung von ausgelagerten Bereichen, d. h. beispielsweise von kommunalenUnternehmen, wird durch den Indikator nicht dargestellt. Strategische Auslagerungen führen zu einer Unterschätzung der kommunalen Verschuldung mittels der Schuldenlast der Kernhaushalte. |
| Datenqualität | Die kommunale Verschuldung bezieht sich auf die Schulden der Kernhaushalte der Kommune. Die Qualität der Daten ist hoch. |
| Datenverfügbarkeit | Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Wechselwirkungen | Kommunale Schulden werden (neben vielen weiteren Faktoren) von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (SDG 8.1.1), dem Bedarf bei der Finanzierung kommunaler Pflichtaufgaben, insbesondere Sozialleistungen abhängig von Armutsquoten (SDG 1.3.2), sowie dem regionalen Investitionsbedarf beeinflusst. Wirtschaftliche Schwäche kann zu höheren Schulden führen, da Investitionen oder gar laufende Ausgaben nicht anders finanziert werden können als über Verschuldung. Wirtschaftsstarke Kommunen haben dagegen die Möglichkeit, tendenziell mehr Schulden aufzunehmen, da sie diese leichter zurückzahlen können. |
| Rahmenbedingungen | Neben den sozioökonomischen Strukturmerkmalen muss bei einem interkommunalen Vergleich der jeweilige Kommunalisierungsgrad, d. h. die landesspezifische Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben und des Schuldenstandes zwischen Land und Kommunen, berücksichtigt werden. |
| Aussage | Im Jahr z hatte die Kommune y im Kernhaushalt Schulden aus Krediten in Höhe von x Euro. |
| Berechnung | (Verschuldung im Kernhaushalt der Kommune) / (Anzahl Einwohner) |
| Quelle | Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung |
| Einheit | € je Einwohner |
| Abrufbar für | 2006 - 2016 |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Informelle Bürgerbeteiligung** |
| (Primäres) Ziel | Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16) |
| (Primäres) Unterziel | Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist (SDG 16.7) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  | 16.7 |  |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Governance – Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Inklusive Kommune |
| Definition | Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren pro 1.000 Einwohner |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Informelle Bürgerbeteiligungsverfahren beschreiben unterschiedliche Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die nicht gesetzlich geregelt und darauf ausgerichtet sind, die politische Meinungs- und Entscheidungsbildung zu beeinflussen. Die Verfahren sind in erster Linie an einem Austausch von Bürgern und Entscheidungsträgern orientiert und finden im Idealfall in den frühen Phasen der politischen Willensbildung statt. Die Ausgestaltung dieser informellen Beteiligungsverfahren kann dabei sehr unterschiedliche Formen annehmen (z. B. Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, Bürgerversammlungen, Runde Tische). Der Indikator liefert Informationen darüber, welche Bedeutung solche informellen Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb der Kommune haben und kann daher Aufschluss darüber geben, wie partizipatorisch die Meinungsfindung innerhalb der Kommune verläuft. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel und verfügt somit über eine hohe Validität. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z gab es x informelle Beteiligungsverfahren je 1.000 Einwohner. |
| Berechnung | (Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren) / (Anzahl Einwohner) \* 1.000 |
| Einheit | Beteiligungsverfahren je 1.000 Einwohner |

SDG 17 - Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit** |
| (Primäres) Ziel | Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17) |
| (Primäres) Unterziel | Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen (SDG17.16) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  | 9.5.5 |  |  |  |  |  |  |  | 17.3 17.16 |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Governance – Eine-Welt-Engagement |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Faire Kommune |
| Definition | Anteil der kommunalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Die ODA-Quote (Official Development Assistance) beschreibt den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen. In Deutschland betrug diese Quote im Jahr 2016 0,7 %. Entwicklungspolitik fällt zwar in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes, dennoch hat sich in vielen Ländern und auch Kommunen Entwicklungszusammenarbeit als freiwillige Aufgabe etabliert. Unter kommunale Entwicklungszusammenarbeit fallen verschiedene Maßnahmen, wie z. B. kommunale Partnerschaften, projektbezogene Kooperationen, Vorträge und Ausstellungen sowie Austauschprogramme für Studierende. Flächendeckende Daten liegen auf kommunaler Ebene bislang nicht vor. Ein Grund hierfür ist u. a. die Unklarheit darüber, welche Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit zuzurechnen sind. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: | x |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: | x |
| Länder: | z.B. BW |
| Kommunen: |  |
| Validität | Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit sind darauf ausgerichtet, Entwicklungsländer bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Die Validität des Indikators ist daher hoch. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z betrug der Anteil der kommunalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit x % des Gesamthaushaltes. |
| Berechnung | (Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |

|  |  |
| --- | --- |
| **Kernindikator** | **Ausgaben für fair gehandelte Produkte** |
| (Primäres) Ziel | Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17) |
| (Primäres) Unterziel | Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen (SDG 17.16) |
| (Primäres) Teilziel |  |
| Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  | 10.2.2 |  | 12.712.a |  |  |  |  | 17.16 |
| Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung | Governance – Eine-Welt-Engagement |
| Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung | Faire Kommune |
| Definition | Anteil der kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte |
| Nachhaltigkeitsrelevanz | Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, bei dem den Erzeugern der Produkte ein adäquater „Mindestpreis“ zukommt. Er unterstützt dabei eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit sowie das Gemeinwesen vor Ort. Als öffentliche Auftraggeber können Kommunen fairen Handel aktiv befördern, indem sie primär fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die unter Verletzung sozialer oder ökologischer Mindeststandards hergestellt wurden. Der betrachtete Indikator bemisst die kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte im Verhältnis zu den kommunalen Gesamtausgaben und liefert daher Aufschluss darüber, welche Bedeutung das Thema des fairen Handels für die Kommune besitzt. Auch wenn bislang keine zentrale Verfügbarkeit der Daten gegeben ist, können die Kommunen diesen Indikator für sich selbst ermitteln und nutzen. |
| Herkunft | Vereinte Nationen: |  |
| Europäische Ebene: |  |
| Bund: |  |
| Länder: |  |
| Kommunen: |  |
| Validität | Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß des fairen Handels Die Idee des Indikators zielt direkt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zu unterstützen. |
| Funktion | Output-, Outcome- oder Impact-Indikator: | x |
| Input-/ Output-Indikator: |  |
| Input-Indikator: |  |
| Aussage | Im Jahr z betrug der Anteil der kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte x % des Gesamthaushaltes. |
| Berechnung | (Kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) \* 100 |
| Einheit | % |